

PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 2/09

www.oeh.ac.at/progress

Begeistert

Wie gut die Volkküche für die BesetzerInnen kocht

Befragt

Die Motive der Studierenden für den Aufstand

Besucht

Armin Thurnhers Rede im Audimax

Besetzt

Die Proteste als Prototyp für die Politik der Zukunft

Publ. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 11040 | GZ02Z031545 M | EUR 0,73



der digitale aufstand

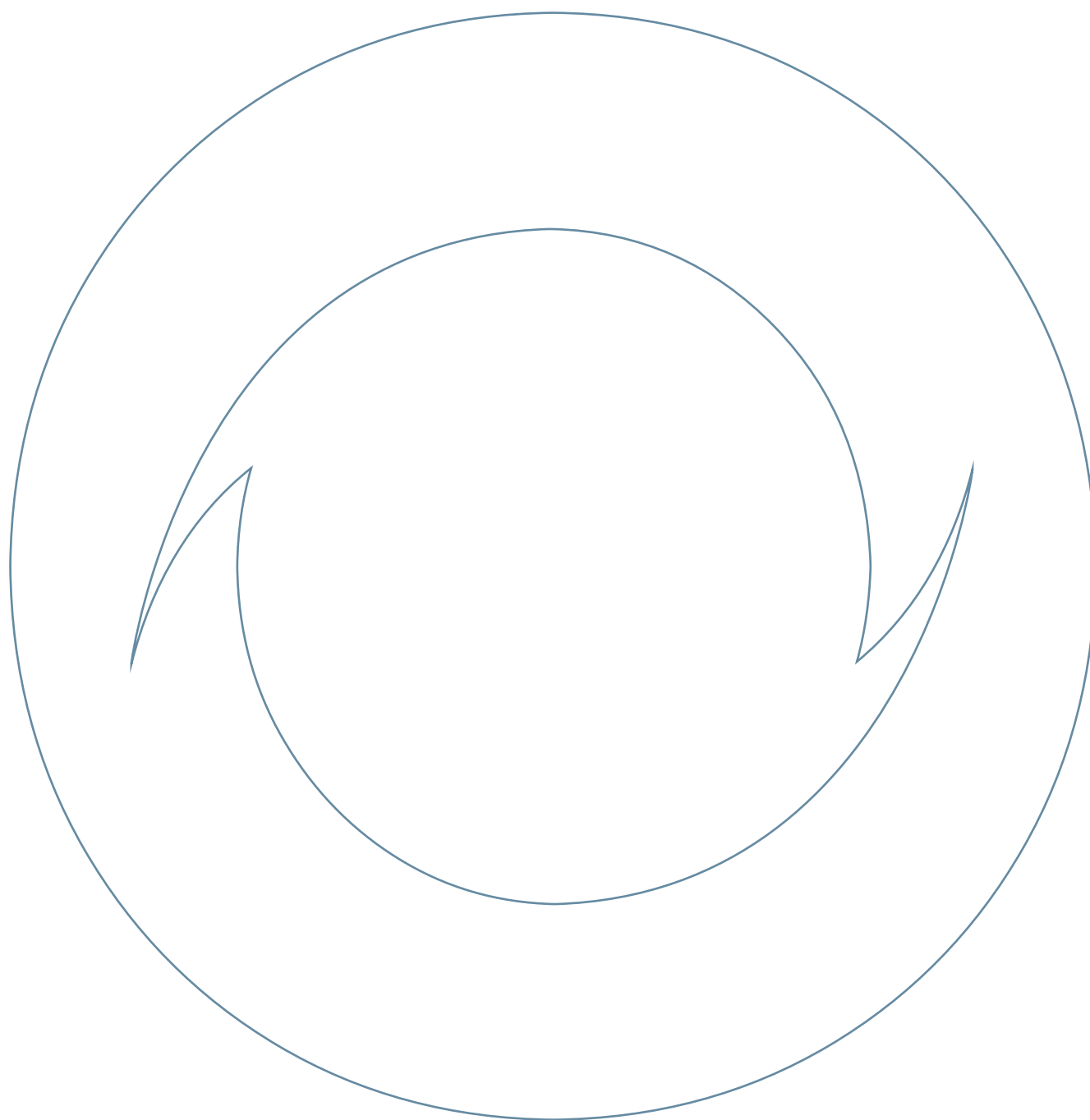
der protest zwischen web und hörsaal

www.oeh.ac.at



DOSSIER: UNSER TÄGLICH BROT - MIT WELCHEN JOBS STUDIERENDE SICH ÜBER WASSER HALTEN.

PROGRESS lesen heißt abonnieren.



Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert dir dein ganz eigenes Heft - frisch aus der Druckerei. Wer **PROGRESS** mitgestalten möchte, sollte einfach vorbeischaun.

Mehr auf www.oeh.ac.at/progress

Cover

4 Der Fluch der Medien



Die Hochschulproteste 2009 werden mit Sicherheit als großer Erfolg der Studierenden in die Geschichte Österreichs eingehen. Es besteht nun aber die Gefahr, dass sie sich zu sehr in die Medien und in das Internet verlagern.

6 Eine Energiezufuhr

Robert Misik über die Besonderheiten der Studierenden-Proteste 2009.

ÖH

8 Geballtes Interesse

Die Proteste widerlegen das Vorurteil vom politischen Desinteresse der Studierenden.

9 Wessen Protest?

Die Rolle der ÖH bei den Protesten.

10 Gesichter des Protests



Die Motive der protestierenden StudentInnen werden anhand einer Befragung aufgezeigt.

11 Wien brennt

Eine Beleuchtung der Revolution von 1848.

12 Service, das hilft

Politik

14 Audimax als Prototyp für Österreich

Verena Ringler schreibt über die mögliche Tragweite der „Audimax-Bewegung“.

15 Alle reden vom Wetter



Auf dem diesjährigen Klimagipfel in Kopenhagen soll das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls beschlossen werden.

16 Angefeindet im Parlament

Die Geschichte von jüdischen Abgeordneten in Österreich.

Dossier



Wir werfen einen Blick auf die Arbeitsrealität von StudentInnen. Um nur zu studieren, fehlt ihnen das Geld. Um Vollzeit zu arbeiten die Zeit. Und so bleibt nur ein Graubereich mit kaum rechtlicher Absicherung und Sozialleistungen. Mit einer Entlohnung, die gerade zum Überleben reicht.

18 Arbeit als Gnade

Das Leid der PraktikantInnen: prekäre Arbeitsbedingungen, mangelnde Entlohnung und rechtliche Unklarheiten.

19 Der 150-Kilometer-Kurier

Hannes Leidenschaft gehört den Fahrrädern.

20 Die Aufheiter-Expertin

Sophias beste Medizin ist der Humor.

21 Die Bastel-Fee

Sarah kann sich in ihrem Nebenjob kreativ ausleben.

22 Der Weltenbummel-Kellner

Gregor verdient in seinem Nebenjob als Kellner das nötige Geld.

23 Der Zwerge-Flüsterer

Jan trainiert in seiner Freizeit den Handballernachwuchs.

24 Prekäre Lehre

Auch LektorInnen an den Unis leiden unter unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Feuilleton

26 Malen nach Zahlen

Schöne Studierendenproteste. Kunst als Mittel zum Protest.

27 „Wir lieben unsere VoKü!“



Die Volkküche und ihre lange Geschichte werden vorgestellt.

28 Traumberuf JournalistIn?

Die harte Realität der ZeitungsmacherInnen: Zwischen Fachkompetenz und Dilettantismus.

29 Die Außenpolitik des Bruno Kreisky

Eine Rezension über das Leben des ehemaligen Bundeskanzlers.

30 „Wir lernen gerade Freiheit“

Armin Thurnhers Rede im besetzten Audimax.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der Geist des Aufstands der vergangenen Wochen hat auch die **PROGRESS**-Redaktion erfasst. Kurz entschlossen verlegten wir die Redaktionssitzungen vom verstaubten Büro direkt ins Audimax. Alte Ideen wurden verworfen und ein neues Konzept erarbeitet.

Heraus kam ein Heft, voll gepackt mit Beiträgen und Hintergrundinformationen zu den Studierendenprotesten. Darin hinterfragen wir die Rolle der ÖH (S. 9), schauen uns an, wie homogen die Bewegung wirklich ist (S. 10), betrachten das Audimax als „politisches Labor der Zukunft“ (S. 14) und gehen auf die Symbiose zwischen Protest und Medien ein (Covergeschichte). Über den kreativen Output der Besetzungen berichten wir auf Seite 26 und abgerundet wird das Ganze mit einem Bericht über die Volkküche (S. 27) und Armin Thurnhers Rede im Audimax (S. 30).

Aber nicht nur die Studierendenproteste selbst haben uns interessiert: Eine der zentralen Forderungen des Protests, „die nach der ordentlichen Anstellung von Lehrenden“, hat uns dazu animiert, einen Blick auf die Berufswelt der Studierenden abseits von Hochschule und Protest zu werfen. Wir haben mit Studierenden über ihre Nebenjobs gesprochen. Was sie uns erzählt haben, könnt Ihr im Dossier ab Seite 17 nachlesen.

Wir wünschen euch gute Unterhaltung beim Lesen dieses Hefts!

Beste Grüße,
eure **PROGRESS**-Redaktion

IMPRESSUM

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 2/2009, Erscheinungsmonat: Dezember

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Rusř

ChefInnenredaktion: Lucia Bischof, Saskia Reimerth, Ann-Kathrin Slupek, Wolfgang Zwander

RedakteurInnen dieser Ausgabe: J. Bendele, L. Eichberger, A. Fanta, C. Felber, C. Hardinghaus, N. Hofmüller, A. C. Kröppfl, A. Lass, J. Lengelsen, S. Lojka, E. Maltschnig, J. Massar, R. Misik, C. Narr, R. Pfaller, V. Ringler, A. Salzer, T. Schmidinger, J. Soyka, S. Stachowitsch, W. Swoboda, S. Tacha, A. Turnher, S. Wollner

Lektorat: A. Palienko, A. Lehner

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: D. Novotny; **Dossier-Fotos:** F. Wurzer, N. Oberleitner;
Ressortcover-Fotos: J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

Gratis-Abo anfordern! www.oeh.ac.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: oeffref@oeh.ac.at

Web: www.oeh.ac.at/progress

Auflage: 120.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel



Der Fluch der Medien

Die Hochschulproteste 2009 werden in die Geschichte Österreichs eingehen, das lässt sich sagen, obwohl sie noch gar nicht zu Ende sind. Nun besteht aber die Gefahr, dass die Studierenden den Aufstand zu sehr ins verlagern und die Hörsäle leer bleiben.

JENNIFER BENDELE
WOLFGANG ZWANDER

Als sich am 22. Oktober ein paar hundert Studierende neben dem Hauptgebäude der Universität Wien unangemeldet zu einer Demonstration versammelten, erhielt ein Mitarbeiter der Wochenzeitung *Falter* einen Anruf eines Aktivisten, der schon Tage zuvor daran gearbeitet hatte, den Protest zu schüren. „Bitte komm her! Ruf Kollegen an! Wir brauchen die Medien, sie sind der einzige Grund, warum wir das hier machen“, sagte der junge Mann dem Journalisten.

Wenige Minuten später vertreibt die Polizei die Studierenden mit Megaphonen. Die Sache scheint erledigt. Ein Teil der Demonstrierenden zieht sich ins benachbarte Gebäude der Uni Wien zurück. Einzelne Stimmen werden laut, im Auditorium Maximum, dem größten Hörsaal des Gebäudes, sei gerade Vorlesungspause. Kurz diskutieren die FührerInnen an der Spitze des Zuges: Sollen wir da wirklich rein? „Los geht’s“, brüllt da die Kleinste unter ihnen. Gesagt, getan – das Audimax ist besetzt.

Niemand kann recht fassen, wie einfach alles vonstattengeht. Immer mehr Studierende strömen in den Raum und alle versichern sich, bleiben zu wollen, was immer auch passiere. Eine Studentin, die darauf insistiert, ein Recht auf ihre Biologie-Vorlesung zu haben, ern-

tet Spott, Gelächter und vereinzelte Buh-Rufe. Die junge Frau muss bald erkennen, dass ihr Versuch, die Studierenden zum Abziehen zu bewegen, chancenlos ist. Sie ist die Erste von vielen, die zu spüren bekommt, dass es den Besetzerinnen und Besetzern ernst ist.

Große Egos auf der Bühne. Schnell teilt sich der Raum in zwei Gruppen. Die große Mehrheit bleibt passiv und setzt sich auf die HörerInnen-Bänke, der Rest schaltet und waltet rund um den Katheder und versucht, der Besetzung eine Struktur zu geben. Nicht, dass irgendwer davon abgehalten wird, auf dem Podium zu stehen, aber eine Bühne zieht immer die Art von Egos an, denen die bloße ZuschauerInnenrolle zu wenig ist. Die Menschen hinter dem Katheder heizen mit ihren Reden die Menge an und sonnen sich ergriffen im Applaus, der fast immer auf ihre Worte folgt. Die Stimmung ist gut und aufregend.

Nach drei Stunden Besetzung stellt sich der Student, der zuvor den Mitarbeiter vom *Falter* angerufen hat, hinter das RednerInnen-Pult, hebt triumphierend die zur Faust geballte linke Hand und schreit ins Mikrophon: „Ich habe eine gute Nachricht, wir sind beim *Online-Standard* ganz oben.“ Frenetisches Triumphgebrüll schallt ihm entgegen, der Raum verwandelt sich für Minuten in ein Fußballstadion, in dem ein Tor bejubelt wird.

Gleichzeitig sammeln sich die ersten Freiwilligen, um die Pressearbeit der Besetzung zu koordinieren. Bald werden sie nur noch „Arbeitsgruppe Presse“ genannt, weil im besetzten Audimax jedeR und alles eine Arbeitsgruppe (AG) ist. Als eine ihrer ersten Taten klebt die AG Presse ausgedruckte Artikel verschiedener Online-Medien an die dunklen Holzwände des Hörsaals. Die Studierenden stehen nun vor den Artikeln und lesen, was sie gerade machen. „Echt flashig“, findet das eine junge Studentin.

Freundliche Medien. Flashig ist das Wort, das oft gebraucht wird, um die ersten Tage im besetzten Audimax zu beschreiben. Da treffen sich zwei-, dreihundert verärgerte Studierende im Park neben der Universität und nur wenige Stunden später dominieren sie die Schlagzeilen in Österreich und finden letztlich NachahmerInnen in ganz Europa. Das fast noch größere Kuriosum: Den BesetzerInnen schlägt seitens der Medien kaum Ablehnung entgegen, sie ernten größtenteils Zuspruch. Außer in besonders einschlägigen Produkten war nichts zu lesen, zu hören oder zu sehen von „faulen linken Krawallmachern“, die die Hörsäle schleunigst wieder freigeben sollten. Sogar die populär-reaktionäre *Kronen Zeitung* wusste zwischenzeitlich nicht genau, ob sie die Besetzung dulden oder niederschreiben sollte. (Im Zweifel entschied sie sich doch

für das Zweite.) Die *Zeit im Bild 2*, in der Marie-Claire Zimmermann Ex-Wissenschaftsminister Johannes Hahn verbal abwatschte, ist längst legendär. Am weitesten ging aber die Wiener U-Bahn-Zeitung *Heute*, die eigentlich ein ähnliches Klientel bedient wie die *Krone* und auch ihrem Einflussbereich zuzurechnen ist: Sie las sich zeitweise wie das offizielle Presseorgan des Protests. Mehrere MitarbeiterInnen der AG Presse versichern, *Heute*-Chefredakteur Richard Schmitt habe bei ihnen mehrmals angerufen, um logistische Hilfe anzubieten. Die BesetzerInnen und die Medien – sie gingen eine eigenartige Symbiose ein. Was ist passiert?

Ungleiches Echo. Das Audimax der Uni Wien war schon oft besetzt, daran kann es nicht gelegen haben. Im März und April 1996 harrten BesetzerInnen eineinhalb Monate darin aus, um gegen eine Verschärfung des Beihilfensystems zu protestieren. Das mediale Echo von damals steht in keinem Vergleich zu dem von heute. Wer Ende November in die Suchmaske der österreichischen Presseagentur APA in der Rubrik „Alle Quellen“ die Wortkombination „Audimax“ und „Besetzt“ eingab, erhielt für das Jahr 1996 vier Treffer, für das Jahr 2009 aber ganze 1085. Der Vergleich hinkt, die APA und die Medien haben seitdem aufgerüstet, dennoch bleibt ein Anstieg um mehr als 25.000 Prozent. Was hat sich verändert?



Auf diese Frage kann es natürlich nicht nur eine Antwort geben. Eine mögliche Erklärung ist die ausgezeichnete Öffentlichkeitsarbeit, welche die AG Presse geleistet hat. Martina Kraft (Name von der Redaktion geändert) aus Deutschland gehört gemeinsam mit acht anderen Personen zum harten Kern der AG. Sie war schon dabei, als das Team, wie sie sagt, „nur aus dreieinhalb Leuten“ bestand und noch nicht im schicken Prominentenzimmer untergebracht war.

Kommandozentrale. Die AG Presse koordinierte den Aufbau der Homepage, beantwortet täglich dreihundert Mails und dutzende Anrufe, twittert, facebooked, bloggt und streamt. Die Informationen über die Arbeit aller AGs laufen bei ihr zusammen, sie ist der Server des Protests. Zeitweise ist ihre Macht so groß, dass sie aus einer Liste von Freiwilligen diejenigen Personen aussucht, die als SprecherInnen gegenüber Fernsehen, Radio und Zeitungen fungieren. Wer am Abend in der Zeit im Bild oder im Club 2 als Gesicht der Bewegung auftritt, wurde von der AG Presse dorthin geschickt. „Viele bezeichnen uns als Kommandozentrale des Aufstands“, sagt Martina nicht ohne Stolz.

So viel Macht erfährt auch Widerspruch: „the revolution will not be facebooked. nor streamed or twittered“ und „Seit wann ist Plenum wie Fernsehen?“ stand auf Zetteln, die Studierende schon während der ersten Tage an den Wänden im Audimax anbrachten. Was meinen sie damit?

Thomas Hauptmann will seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen, trägt Bücher von Gilles Deleuze und Michel Foucault in den Taschen seiner weiten Strick-

weste und arbeitet in drei AGs mit. Er sagt: „Wenn alle über uns reden und schreiben, dann lähmt das die Bewegung. Ich kam mir am Anfang wegen der breiten Berichterstattung wie hypnotisiert vor. Jeder achtet nur auf die Außenwirkung der Proteste, aber die Außenwirkung wird das neoliberale Bologna-Programm nicht verändern. Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, aber sie kann nicht das Wichtigste sein, sonst müssen wir von PR und nicht von Politik sprechen“

Inszenierung des Scheins. Hauptmann spricht ein Problem an, das weit über die Studierenden-Proteste hinausgeht. Das politische System richtet seine Arbeit immer stärker an den Medien und immer weniger an den wirklichen Problemen der Gesellschaft aus. Die „Inszenierung des Scheins“ anstelle der „Inszenierung der Wirklichkeit“ nennt das der deutsche Politologe Thomas Meyer, laut dem wir längst in einer

Mediendemokratie leben. Was bedeutet das?

Traditionellerweise sollten die Medien die Politik beobachten, damit sich die StaatsbürgerInnen eine vernünftige Meinung von dieser bilden können. „In der Mediendemokratie aber beobachten die politischen Akteure das Mediensystem, um zu lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen“, schreibt Meyer in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Die Politik unterwerfe sich den Regeln der Medien, um auf diesem Wege die Herrschaft über die Öffentlichkeit zu gewinnen.

Der Protest verlagert sich. Ende November erschien im *Standard* ein Artikel, der das Dilemma der Mediendemokratie auf die Uni-Proteste ummünzte: „Generell sind die Medien für die Besetzer Segen und Fluch zugleich. Einerseits wurde durch die große mediale Auf-





Eine Energiezufuhr

Was an den Studierenden-Protesten des Herbstes 2009 besonders ist.

ROBERT MISIK

An den österreichischen Studierendenprotesten dieses Herbstes ist manches bemerkenswert. Das am wenigsten Bemerkenswerte ist noch, dass Studentinnen und Studenten den größten Hörsaal der Universität Wien besetzen, um damit gegen die Studienbedingungen zu protestieren, die sich sukzessive verschlechtern. Das kommt erstens häufiger vor und überschreitet meist eine bestimmte Dimension nicht und hat zweitens in der Regel auch keine sehr große Resonanz. Die Frage, die zu stellen ist, lautet daher: Was war diesmal anders? Was war diesmal besonders?

Ein Aspekt scheint das gesamte politische Setting in diesem Land zu sein. Es gibt eine chronische Unzufriedenheit damit, wie Politik in diesem Lande funktioniert. Man hat inkompetente Regierende, die irgendetwas tun, aber ganz sicher nicht auf die angemessene Weise über die Probleme des Landes reden oder sie gar zu lösen versuchen. Es gibt eine populistische Radauopposition, die deshalb von Erfolg zu Erfolg zieht. Man hat so ein Grundgefühl: Das gesamte Land ist auf der schiefen Bahn. Es muss sich etwas fundamental ändern. Jede Energiezufuhr für eine Veränderung ist zu begrüßen.

Letztendlich, so würde ich vermuten, war das auch eine Sekundärmotivation der Studierenden selbst, abseits ihrer konkreten Forderungen: so nicht länger regiert werden zu wollen. Aber die-

se Grundstimmung ist wesentlich für die öffentlichen Reaktionen auf die Proteste der Studierenden. Sie erfuhren sofort sehr viel Sympathie. So genannte „Prominente“ bekundeten ihre Solidarität, auch wichtige „Stützen der Gesellschaft“ verfolgten das Treiben mit (klammheimlicher) Freude. Die Stimmung war freundlich. Das bescherte den Protesten schnell eine Öffentlichkeit und Resonanz, die wiederum die Ausbreitung der Besetzungen auf andere Universitäten und auf andere Städte begünstigte.

Hinzu kommt die Virulenz des Bildungsthemas: Welche Bedeutung die Bildungsinstitutionen für eine faire Gesellschaft haben, wurde in den vergangenen Jahren in den politischen Diskursen stark thematisiert. Unser Bildungssystem – vom Kindergarten, von der Volksschule bis zu den Allgemeinbildenden Höheren Schulen – hält Unterprivilegierten Chancen vor. Es verweigert einem breiten Teil der Bevölkerung Lebenschancen und trägt zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte bei – etwa, indem es MigrantInnenkinder buchstäblich zu „geborenen VerliererInnen“ macht. Damit schadet es aber nicht nur den Betroffenen, sondern allen. Die Misere an den Hochschulen und Universitäten ist nur ein Aspekt einer veritablen Bildungsmisere. Dies wiederum machte die Probleme der Studierenden „anschlussfähig“ für ein viel umfassenderes Problembewusstsein. ◀

Der Autor ist Buchautor und arbeitet als freier Journalist unter anderem für den Falter und die tageszeitung.

►merksamkeit bisher eine Räumung erschwert, andererseits birgt die positive Berichterstattung die Gefahr, die Proteste zu schlucken. (...) Die Studierenden befinden sich in einem Dilemma: Sie wollen den positiven Rückhalt nicht verlieren, da ihnen die Medienpräsenz hilft. Doch deswegen bleiben sie zu brav, um negative Schlagzeilen zu vermeiden.“ Ob die Studierenden wirklich „zu brav“ sind, sei dahingestellt. Wahr ist, dass sich der Protest in seiner ganzen Form zunehmend von den Hörsälen in die Medien und das Internet verlagert hat.

Nach wie vor twittern, bloggen und streamen die BesetzerInnen. Die Qualität der Homepage wird immer besser, selbst IT-Profis zeigen sich angetan. Aber wer sich Ende November ins Audimax begab, fand meist leere Bankreihen vor. Nicht ohne Chuzpe zu beweisen, schlug Georg Winckler, Rektor der Universität Wien, deshalb sogar eine Teilzeit-Besetzung vor. Eine Stunde pro Tag dürften die Studierenden Aufstand spielen.

Es ist bizarr, der mediale Erfolg der Protestierenden ist so groß, dass er sich nun gegen sie zu wenden droht. Deshalb gehört es bereits jetzt zur wichtigsten Erkenntnis der ruhmreichen Studierenden-Proteste 2009, dass die Politik zwar Blogs und Homepages ignorieren kann, einen bummvollen, besetzten Hörsaal aber nicht. ◀

Jennifer Bendele studiert Politikwissenschaft in Wien. Wolfgang Zwander studiert Journalismus und Politikwissenschaft in Wien.



Bildungspolitik in aller Munde!

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Die letzten Wochen standen auch für die ÖH-Bundesvertretung ganz klar im Zeichen des Protests. Was als Besetzung der Akademie der Bildenden Künste in Wien begann, wurde zu einer starken, internationalen Bewegung der Studierenden. Über bildungspolitische Themen wird wieder breit berichtet und diskutiert. In Cafés, Straßenbahnen und am Arbeitsplatz sind Studiengebühren, der offene Hochschulzugang oder katastrophale Studienbedingungen plötzlich Thema. Als ÖH können wir uns natürlich nichts Besseres vorstellen.



Eva Maltschnig, Thomas Wallerberger, Sigrid Maurer, Benedikt Rust

Während Hahn, Pröll und Faymann die momentane Debatte eher verschlafen, hat sich die ÖH-Bundesvertretung

mit konkreten Lösungen für unsere Hochschulen beschäftigt. Im Bereich der MaturantInnenberatung wurden drei große Projekte gestartet. Wir wollen, dass SchülerInnen über die Studienvielfalt in Österreich Bescheid wissen und nicht nur die „großen“ Studienrichtungen Medizin, Jus oder Psychologie bekannt sind. Außerdem hat die ÖH einen Finanzierungsplan vorgestellt, der die Erhöhung des Hochschulbudgets auf zwei Prozent des BIP bis 2015 vorsieht; ohne Geld geht's nun mal nicht.

Die Demokratisierung der Hochschulen ist eine wichtige Forderung der Studierendenproteste. Wir wollen Verbesserungen im Bereich der rechtlichen Absicherung und Mitbestimmungsmöglichkeiten von FH-Studierenden schaffen. Dazu haben wir einen Vorschlag für die Fachhochschul-Studiengesetznovelle erstellt. Den Entwurf kannst du auf unserer Homepage www.oeh.ac.at begutachten.

In diesem Sinne wünschen wir euch viel Vergnügen beim Lesen unseres „ProtestPROGRESS“!

KURZMELDUNGEN

Die ÖH zwitschert. In einer Zeit, in der ein beachtlicher Teil der allgemeinen Informationsübertragung im Internet stattfindet und *Facebook*, *Twitter* und *Co* zu immer größeren Portalen der internationalen Kommunikation werden, ließ sich auch die ÖH-Bundesvertretung nicht lang bitten und vervollständigte ihren Webauftritt. Wer up-to-date sein möchte mit den Aktionen der ÖH, wird mittels *Twitter* bestens bedient. Größere Meldungen und Aktionen finden sich im neu eingerichteten ÖH-Blog. Auch bei *Facebook* gibt es an den Projekten der Bundesvertretung kein Vorbeikommen. Alles in allem ein Paradies für Informationssuchende.

ÖH-Blog unter www.oeh.ac.at
twitter.com/bundesoe

Studieren probieren. Das Anfang November angelaufene Pilotprojekt der Studien- und MaturantInnenberatung der ÖH kann bereits nach wenigen Wochen einen immensen Erfolg verzeichnen. Die Aktion *Studieren probieren* bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit einmal auszuprobieren, wie eine Vorlesung abläuft, und hilft ihnen bei der Entscheidung, ob sie ein Studium ergreifen wollen, und wenn ja, welches für sie das Richtige wäre. In Begleitung eines Studierenden können sie einer Vorlesung beiwohnen und anschließend Fragen stellen. Verschiedenste Studienrichtungen stehen zur Auswahl, weitere sind in Planung.

<http://studierenprobieren.at>

Mach!Was? Gerade in Zeiten des Protests stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten es gibt sich wirkungsvoll zu engagieren und sich für die Interessen der Studierenden einzusetzen. In der *Mach!Was?*-Broschüre, die einen Leitfaden zum Engagement in der Zivilbevölkerung bereitstellt, findest du nützliche Tipps und Tricks, die dir den Einstieg in den Aktivismus erleichtern. Die Broschüre bietet außerdem einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten des Engagements und welche Gruppen, Initiativen und Organisationen es gibt, in denen du dich einbringen kannst.

Die Broschüre steht unter www.oeh.ac.at zum Download bereit.

Geballtes Interesse

Studierende mussten sich in den letzten Jahren immer wieder den Vorwurf fehlenden politischen Interesses gefallen lassen. Dies wurde in den letzten Wochen eindeutig widerlegt und so leicht wird diese Kritik in Zukunft wohl nicht mehr von den Lippen gehen.

JULIANE SOYKA

Gefordertes Desinteresse? In der letzten **PROGRESS** Ausgabe hat sich genau an dieser Stelle ein Artikel zur scheinbaren Entpolitisierung Studierender befunden. Dieser handelte von der geringen Wahlbeteiligung bei den letzten ÖH-Wahlen, vom fehlenden außerstudentischen Engagement und dem scheinbar nicht vorhandenen politischen Interesse junger Menschen. Der Artikel erschien genau zwei Tage vor einem Ereignis, welches wohl alle Spekulationen um fehlende studentische Begeisterungsfähigkeit zunichte gemacht hat, nämlich der größten Studierendenprotestbewegung der letzten 20 Jahre in Österreich. Über sechs Wochen ist es mittlerweile her, dass Studierende in praktisch allen Universitätsstädten Österreichs Hörsäle besetzt haben und immer noch besetzt halten. Zusammen mit Studierenden aller Hochschulen sowie der Unterstützung durch die Metallereingewerkschaft und die Gruppe Kindergartenaufstand gingen und gehen sie auf die Straßen, um ihr Recht auf freie Bildung unter entsprechenden Studienbedingungen kundzutun. Damit haben die letzten Wochen eindeutig belegt, dass

es genügend junge Menschen gibt, die bereit sind für ihre Rechte einzutreten und wenn nötig diese auch entsprechend zu verteidigen.

Alles begann mit der Protestbewegung an der Akademie der Bildenden Künste Wien, die sich gegen die „Überstülpung“ des dreijährigen Bachelorstudiums mit vielen Aktionen und einer Besetzung wehrte. Diese kleine „Flamme“ brachte dann das Lauffeuer zum Brennen und binnen weniger Tage war auch das Audimax der Uni Wien vollständig besetzt. Seitdem wurden dort täglich bildungs- und gesellschaftspolitische Vorträge gehalten, Plena veranstaltet und eifrig diskutiert. Täglich trifft sich eine Unmenge an Arbeitsgruppen, die sich mit den verschiedensten politischen Inhalten, aber auch möglichen Freizeitaktivitäten beschäftigen. Nur durch die extrem gute und schnelle Organisation Einzelner und das solidarische Miteinander war der Aufbau dieser riesigen „Streikzentrale“ überhaupt möglich. Durch Spenden und finanzielle Unterstützung gibt es seit fünf Wochen eine Volkküche, die sich um das leibliche Wohl aller Protestierenden kümmert. Junge Menschen unterstützen sich gegenseitig, sind für einander da und treten gemeinsam für eine Sache ein – alles Eigenschaften die ihnen bis vor kurzem noch abgesprochen wurden.

Breiter Bildungsdiskurs. Diese Proteste zeigen ganz deutlich, dass junge Menschen sehr wohl an Politik und der Gesellschaft, in der sie leben, interessiert sind. Sie sind kritisch und kämpfen hartnäckig für ihre Forderungen. Ihr politischer Anspruch richtet sich nicht nur an „die Politik“, sondern auch die Gesamtgesellschaft wird aufgefordert, sich von Grund auf mit Fragen rund um die Bildungspolitik zu beschäftigen. Vorrangiges Ziel ist deshalb ein breit angelegter Diskurs an dem sich alle beteiligen können. Durch die Proteste wurde das Thema „höhere Bildung“ medial aufgearbeitet, was in weiterer Folge zu einem breiten gesellschaftlichen Diskurs führte. Eines der Hauptziele scheint erreicht.

Durch das Engagement und die Möglichkeit aller sich zu beteiligen, kann die Bewegung über einen langen Zeitraum bestehen. Diese Protestwelle kommt von den Studierenden selbst und wird nicht von Einzelpersonen oder Organisationen getragen. Damit ist bewiesen, dass viele junge Menschen mit der aktuellen politischen Situation nicht nur im bildungspolitischen Bereich, sondern gleich auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen unzufrieden sind. Sie wollen etwas bewegen, aufzeigen und verändern, mit Anteilnahme und Partizipation aller. Ein höchst politischer Umwälzungsprozess wurde gestartet!



Foto: Novotny

Das Audimax voll besetzt mit interessierten Studierenden.

tizipation aller. Ein höchst politischer Umwälzungsprozess wurde gestartet!

Die Autorin studiert Internationale Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft in Wien.

„Politik geht uns alle was an!“

Auch das **PROGRESS** lernt aus Fehlern. Unter dem Titel „Gefordertes Desinteresse“ berichteten wir, dass Studierende scheinbar kein Interesse mehr an Politik haben. Der Schein trügte und so machen wir uns erneut auf, um Studierende zu fragen, was Politik für sie bedeutet.



Katharina, Psychologie und Bildungswissenschaft

In der Öffentlichkeit wird Politik leider oft als verlogen und undurchsichtig wahrgenommen, was nicht verwundert. Politik geht uns aber was alle an. Für mich bedeutet sie vor allem Mitbestimmung!



Manfred, Sozioökonomie

Politik beginnt für mich, sobald mehr als zwei Personen aufeinander treffen und somit verschiedene Meinungen diskutiert werden. Damit beginnt bereits die Partizipation an politischen Prozessen.



Iggy, Theater, Film & Medienwissenschaft

Für mich ist Politik der Versuch möglichst viele Leute und Meinungen zu integrieren, um als Gemeinschaft zu funktionieren und für alle das Beste rauszuholen.

Wessen Protest?

Die Eiterblase ist geplatzt. Der Unmut an den Hochschulen ist übergeschwappt, seit fast zwei Monaten protestieren Studierende in Österreich und anderswo gegen völlig verfehlte Bildungspolitik. Aber welche Rolle nimmt die ÖH bei diesen Protesten ein?

EVA MALTSCHNIG

Am 20.10.2009 besetzten Studierende die Aula der Akademie der bildenden Künste. Grund waren die Ergebnisse der Leistungsvereinbarungen zwischen der Universität und dem Ministerium, die wichtige Anliegen der Studierenden und des Senates nicht beachtet hatten und als undemokratische Diktate keinerlei Mitsprache ermöglichten. Zwei Tage darauf wurde aus einer Demonstration im Votivpark eine weitere Besetzung; das Auditorium Maximum der Universität Wien wurde am 22. Oktober zu einem freien Hörsaal. Die symbolische Wirkung dieser Einnahme des Raumes gab auch in anderen Bundesländern Anstoß zu handeln. Unis in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg wurden besetzt, in Klagenfurt wurden Solidaritätsbekundungen gestartet und auch FH-Studierende organisierten Proteste an ihren Hochschulen.

Das Fehlen der ÖH? Im Schnellverfahren hatte vor allem die Besetzung des Audimax der Uni Wien die vollständige Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit auf sich gezogen und war zum Epizentrum des (hochschul-)politischen Diskurses geworden. Die „Protestbewegung“ war geboren und wurde besonders von der Medienlandschaft beklatscht, bejubelt und gelobt. Die Medien waren auch die ersten, denen das vermeintliche Fehlen der ÖH auffiel.

„Warum steht die ÖH nicht an der Spitze der Demo?“ „Warum verhandelt die ÖH nicht über die Forderungen?“ Spätestens ab dem zweiten Besetzungstag wurden diese Fragen gestellt – wohl gemerkt nicht von den aktiv Handelnden, sondern

von JournalistInnen, PolitikerInnen und Rektoren. Den protestierenden und besetzenden Studierenden waren die Antworten auf diese Fragen ohnehin klar; sie konnten erst aus einer verfehlten Wahrnehmung der Funktionsweise der „Protestbewegung“ heraus gestellt werden.

Als identitätsstiftendes Merkmal vereint die protestierenden Studierenden vor allem die horizontale Organisationsform ihrer Aktionen. Es gibt keinen Vorstand, Streikrat oder etwaige Führungsspitzen; die Arbeit funktioniert über offene Arbeitsgruppen, die sich bei Bedarf vernetzen. In Plena werden gemeinsame Entscheidungen gefällt, denen jedoch immer ein kollektiver Gedanke zu eigen ist. Dass viele Institutionen damit überfordert sind, liegt auf der Hand. „Mit wem sollen wir verhandeln?“, fragt das Rektorat. „Wen können wir interviewen?“, fragen die Medien. Es gibt keinen Kopf, der ins Rampenlicht gehalten werden oder für die gesamte Gruppe zur Verantwortung gezogen werden kann: es gibt viele davon. Das macht es besonders für die Politik schwer, in den althergebrachten Mechanismen von Ignorieren, Scheinlösungen anbieten und Kritik-im-Keim-ersticken zu verbleiben.

290.000 Studierende. Die ÖH ist im Gegensatz zur Protestbewegung fest im Gefüge des institutionalisierten politischen Raums verankert. „Die ÖH ist die gesetzliche Interessensvertretung von über 290.000 Studierenden in Österreich“, steht auf der Homepage der ÖH-Bundesvertretung. Sie existiert als Körperschaft öffentlichen Rechts auch unabhängig von den Personen, die die Struktur mit Aktivität füllen – das gegensätzliche Prinzip ist den Protesten zu attestieren. Ge-

nau dieser Unterschied erklärt ganz einfach das Zusammenspiel zwischen der ÖH und den Protesten: Menschen, die in der ÖH aktiv sind, bringen sich bei Hörsaalbesetzungen, Demos, Arbeitsgruppen und Aktionstagen ein, diskutieren mit, entwickeln Forderungen, schmieden Pläne.

Sich selbst vertreten. Natürlich könnte ein Widerspruch zwischen der schieren Existenz einer gesetzlichen Interessensvertretung und einer Protestbewegung, die „von der Basis“ kommt, festzustellen sein. Schließlich geht es der ÖH darum, in der bildungspolitischen Auseinandersetzung als Institution, die durch ihren gesetzlichen Rahmen der repräsentativen Demokratie verpflichtet ist, das Bestmögliche für die Studierenden zu erreichen, während viele BesetzerInnen nicht wollen, dass Einzelne für sie sprechen. Dass das nicht zwingend ein Widerspruch ist, zeigt die Handlungsweise der ÖH. Sie akzeptiert und fördert das Nebeneinander zweier Strategien der politischen Arbeit, die dieselben Ziele verfolgen: offene und demokratische Hochschulen in offenen und demokratischen Gesellschaften.

Gegenseitig solidarisch. Das bedeutet, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. ÖHlerInnen können aufgrund ihrer Erfahrungen der Protestbewegung wertvolles Wissen im Bereich der Hochschulpolitik und der dazugehörigen komplexen Gesetzesmaterie zur Verfügung stellen. Nicht von ungefähr decken sich die Forderungen der besetzten Hochschulen zu 90 Prozent mit Themen, die von der ÖH seit vielen Jahren bearbeitet werden.

Die Protestbewegung zeigt durch kreative Aktionsformen und innovative Kommunikationsstrategien neue Dimensionen in der politischen Arbeit auf, ohne die die momentane Debatte überhaupt nicht möglich wäre. Und die ÖH-Bundesvertretung macht's nach – auf ihren Sitzungen gibt's nun auch live-Twitterberichte und einen Video-Stream.

Wessen Protest? „Unser Protest!“, antworteten die TeilnehmerInnen der Demo, an der viele (ehemalige) ÖH-MitarbeiterInnen teilnahmen. Die Ziele sind dieselben, die Rollen und Methoden ergänzen sich gegenseitig. Worin der Protest mündet kann schwer vorhergesagt werden. Wir als ÖH werden jedenfalls hartnäckig alle Kanäle und Ressourcen nützen, um Verbesserungen für Studierende zu erreichen, und versuchen, unsere Rolle zu erfüllen: Wir lassen uns nicht mundtot machen; wir geben keine Ruhe. Nicht heute, nicht morgen und auch nicht in einem Jahr. ▶

Foto: Bischof



Die Autorin studiert Sozioökonomie und Kunstgeschichte in Wien.

Gesichter des Protests

Eine Erhebung im Audimax soll Licht ins Dunkel bringen: Wie ähnlich sind die Motive, wie unterschiedlich die Ziele der Protestierenden? Kurz: Wie homogen ist die Studierendenprotestbewegung wirklich?

WALTER SWOBODA

Eine Forschungsgruppe von Studierenden und AbsolventInnen der Soziologie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die genauen Motive der Protestierenden hinsichtlich der österreichischen Bildungspolitik, sowie ihre Einstellungen zu den Protesten selbst zu untersuchen. In einem Zeitraum zwischen 30. Oktober und 4. November 2009 wurden hierzu in mehreren Erhebungswellen verschiedene Einstellungen und persönliche Daten von Personen abgefragt, die sich entweder im oder unmittelbar vor dem Audimax aufhielten und deren Partizipation an der Besetzung offensichtlich war.

Zunächst zu der Frage, wer ins Audimax geht. Die Daten zeigen, dass eine große Mehrheit – etwa 69 Prozent – derer, die im Audimax anzutreffen waren, an der Uni Wien studieren. Weniger als ein Viertel der Befragten verteilt sich etwa gleichmäßig auf andere Hochschulen (wie WU, TU, Med-Uni, etc.). Alle anderen befragten Personen studieren nicht oder nicht mehr. Hinsichtlich der Studienrichtungen zeigt sich eine bunte Mischung an Studierenden aller Fächer, wobei geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer wie Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik verhältnismäßig stark vertreten sind. Ein sehr eindeutiges Ergebnis zeigt die Frage nach der politischen Orientierung der Angetroffenen: 80 Prozent sehen sich entweder „links der Mitte“ oder „ganz links“, 18 Prozent betrachten sich als „in der Mitte stehend“. Lediglich zwei Prozent deklarieren sich als „rechts der Mitte“

und niemand der 365 Befragten gab an, „komplett rechts“ zu sein.

Große Erfolgserwartungen. Es zeigt sich, dass bei weitem nicht alle Befragten aktiv in die Besetzung bzw. die Protestbewegung involviert sind. Knappe 55 Prozent gaben an, lediglich passive BeobachterInnen zu sein. Etwa 35 Prozent der Befragten sagten von sich, ab und zu aktiv involviert gewesen zu sein oder in Arbeitsgruppen mitgearbeitet zu haben. Nur etwa jede zehnte Person gab an, ständig in Arbeitsgruppen mitzumachen und sich auch ansonsten so viel wie möglich an den Protesten zu beteiligen. Umso optimistischer zeigen sich dagegen die Erfolgserwartungen der Befragten: Mehr als 60 Prozent sind sich sicher, dass die Proteste „erfolgreich“ oder sogar „sehr erfolgreich“ sein werden, wohingegen lediglich 11 Prozent der Meinung sind, dass die Bewegung „wenig oder überhaupt nicht erfolgreich“ sein wird.

Nun aber zu den eigentlichen Kernthemen der Studie: Welche der, von den BesetzerInnen gestellten Forderungen unterstützen die Audimax-BesucherInnen und wie stehen sie zu der Protestbewegung an sich? Es zeigt sich, dass die am meisten unterstützte Forderung – knappe drei Viertel aller Befragten gaben an, sich zu ihr zu bekennen – jene nach umfassender Bildung statt bloßer Ausbildung ist. Ebenfalls eine große Mehrheit an Zustimmung erhält die Forderung nach Ausfinanzierung der Unis mit 68 Prozent. Etwa jede zweite Person tritt für einen freien Hochschulzugang sowie für eine Demokratisierung der Universitäten ein.

Als besonders interessant erweist sich die Frage bezüglich der Forderung nach 50 Prozent Frauenanteil im Universitätsbetrieb. Hierbei ist zweierlei verwunderlich: Einerseits unterstützen etwa nur halb so viele Männer wie Frauen die Beschäftigungsquote – ein sehr interessantes Ergebnis, vor allem wenn in Betracht gezogen wird, dass die Geschlechterunterschiede hinsichtlich des Antwortverhaltens ansonsten in nahezu allen anderen Bereichen minimal sind. Noch mehr als dieser Unterschied vermag jedoch zu verwundern, dass selbst unter Frauen die Zustimmung zu einer ausgeglichenen Frauenquote im Universitätsbetrieb lediglich bei 19 Prozent liegt. Sowohl unter männlichen wie auch unter weiblichen Befragten zählt dies also – neben der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes – zu den am wenigsten zentralen Anliegen.

Gelungene Protestorganisation. Ein sehr eindeutiges Bild zeigen die Ergebnisse zu den Einstellungen der Audimax-BesucherInnen hinsichtlich der Proteste sowie der Besetzung selbst. Über 80 Prozent empfinden die Organisation der Protestbewegung als gelungen. Ebenso viele sind der Meinung, dass die Bewegung in der Lage ist, zu einer konstruktiven Bildungspolitik beizutragen. Dagegen sind bloß fünf Prozent der Überzeugung, dass Studierende durch die Proteste in ihren Lernbemühungen beeinträchtigt werden und lediglich acht Prozent sind der Meinung, dass durch die Bewegung zu hohe Kosten entstehen.

Zusammenfassend stellt sich also heraus, dass es den TeilnehmerInnen vor allem darum geht, gegen die, sich in den letzten Jahren stetig verschlechternde, (Aus-) Bildungssituation zu protestieren. „Bildung statt Ausbildung“, die am meisten unterstützte Forderung, ist jene Kernbotschaft, welche sich gegen zunehmende Verschulung und Einschränkung der Lehrpläne zugunsten (anscheinender) ökonomischer Verwertbarkeit richtet. Ein Unterfangen, das vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften – jedoch keinesfalls nur dort – absurd erscheint. Zusammen mit der Forderung nach mehr finanziellen Ressourcen für den akademischen Betrieb komplettiert sich somit das Bild einer Studierendenschaft, welche die gegenwärtigen Zustände an Österreichs Universitäten als unzulänglich erachtet. Vom gegenwärtigen Standpunkt unserer Forschung aus kann gesagt werden, dass selbst unter den Befragten, die angeben, nur indirekt an der Bewegung beteiligt zu sein, die Zustimmung zu den Protesten außerordentlich hoch ist. Weitere von uns geplante Untersuchungen werden darüber hinaus ein noch detaillierteres Bild der Situation zeichnen können. ◀

Der Autor studiert Soziologie, Psychologie und Philosophie in Wien.



Foto: Novotny

Hinter den vielen Gesichtern des Protests stecken noch mehr verschiedene Motive.

Wien brennt!

Wer denkt, die Studierenden in Österreich blickten auf eine langweilige Geschichte zurück, der irrt. Im Jahr 1848 ging es in Wien rund: Aufständische, unter ihnen viele Studenten, vertrieben die kaiserliche Familie aus Wien und bezahlten das oft mit ihrem Leben.

AARON SALZER

Nachdem Napoleon Bonaparte halb Europa erobert und wieder verloren hatte, legte der Wiener Kongress, geführt von Fürst Metternich, im Jahr 1815 die europäischen Grenzen neu fest. Das war der Ursprung der Revolutionen von 1848. Die Phase der Restauration – also der Wiederherstellung der absolutistischen Ordnung – formte liberalbürgerliche Bewegungen, die den Ideen der Restauration entgegenwirkten.

Vor allem in Frankreich bildeten sich innerhalb des BürgerInnen-tums und unter den Studenten Gruppen, die liberale, demokratische Reformen forderten. Durch das Fortschreiten der Restauration und letztlich durch den Versuch, das französische Parlament aufzulösen, kam es zu einem Aufstand der HandwerkerInnen, ArbeiterInnen und Studenten, welcher in der Julirevolution von 1830 mündete und den endgültigen Sturz der herrschenden Bourbonen in Frankreich und die erneute Machtergreifung des BürgerInnen-tums zur Folge hatte.

Die Revolution von 1830 war der Auslöser für eine ganze Reihe von Ereignissen, die Europa in den folgenden Jahren erfassen sollten und letztlich in der Februarrevolution von 1848 mündeten. Nachdem 1848 die zweite französische Republik ausgerufen wurde, breiteten sich weitere Aufstände, die unter dem Namen der Märzrevolution von 1848/49 Eingang in die Geschichtsbücher fanden, über Europa aus und forderten die Überwindung der beim Wiener Kongress geschaffenen metternischen Restauration.

Revolution im KaiserInnenreich Österreich. Erste Aufstände im Jänner 1848 erschütterten österreichische Provinzen im heutigen Italien und führten bereits zu blutigen Ausschreitungen im KaiserInnen-tum. Es wurden jedoch nur regionale Reformen durchgesetzt, welche die Gemüter weiterhin erhitzen, so

dass es am 13. März 1848 zum Ausbruch der Märzrevolution kam, die zum Sturz Metternichs führte. Einen Tag zuvor, am 12. März, hielten die Studenten unter der Leitung sämtlicher Professoren eine Sitzung ab, bei welcher sie Forderungen wie Pressefreiheit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit der Gerichte, diverse soziale Forderungen, sowie demokratische Reformen an das Kaiserhaus richteten.

Als sich die revolutionären Kräfte am 13. März vor dem Ständehaus versammelten, brach das Gerücht aus, dass einige Studenten verhaftet worden waren. Die Massen fing an zu toben und stürmten die Paläste der Herrschaft, alles wurde zertrümmert. Das Zeughaus wurde eingenommen und es hallte durch die Wiener Gassen: „Nieder mit Metternich! Freiheit! Waffen!“ Metternich floh nach England. Das Neue Wiener Journal schrieb: „Gestern Kampf, Blut und Tod in allen Straßen, fürchterliches Geschrei um Freiheit, die heute die Stadt schmückt wie eine Braut; aus allen Fenstern flogen weiße und rote Kokarden, Kränze, Bänder, Fahnen.“

Die Aufstände breiteten sich über alle Provinzen Österreich-Ungarns wie ein Fegefeuer aus. Kaiser Ferdinand I. sah sich zu Zugeständnissen gezwungen, er ging scheinbar auf Forderungen der Aufständischen nach einer neuen Verfassung und nach der Abschaffung der Zensur ein. In den folgenden Wochen und Monaten war die politische Realität im KaiserInnen-tum von wechselnden Reformen zwischen den zentralistischen Bestrebungen der Krone und den liberalen Forderungen der Aufständischen geprägt.

Die kaiserliche Armee setzte sich aber letztlich in fast allen Regionen des Reiches durch und so kam es, dass die deutschsprachigen Studenten Rückhalt in Deutschland, welches auch eine bürgerliche Revolution erlebte, suchten und unter schwarz-rot-goldener Fahne für eine großdeutsche Lösung kämpften. Ende April 1848 wurde die Pillers-



Zentralfriedhof, Tor drei: Ein Obelisk erinnert an die Opfer der Niederschlagung der 1848er Proteste in Wien, unter denen sich zahlreiche Studierende befanden.

dorsche Verfassung, die erste österreichische Verfassung, erlassen. Diese aufgezwungene Verfassung führte erneut zu Protesten und leitete die zweite Phase der Revolution ein.

Diese Verfassung wurde ohne eine Volksvertretung erstellt, sie wurde von den liberalen Kräften als zu wenig demokratisch abgelehnt und nach Straßenkämpfen zwischen der kaiserlichen Armee auf der einen Seite und BürgerInnen auf der anderen Seite wieder zurückgenommen. In Folge gelang es einer Gruppe von ArbeiterInnen und Studenten, erste wichtige soziale Forderungen durchzusetzen, wie etwa Lohnerhöhungen und den Zehn-Stunden-Arbeitstag. Erneute Reformen entgegen den Forderungen der Aufständischen spitzten die krisenhafte Lage jedoch weiter zu und leiteten die dritte Phase der Revolution ein, welche bürgerkriegsähnliche Zustände nach Wien brachte.

Wochen der Hinrichtung. Am 6. Oktober 1848 sollten von Wien aus kaiserliche Truppen gegen das aufständische Ungarn ziehen, um die Unruhen dort zu ersticken. Als Antwort formierten sich Wiener ArbeiterInnen und Studenten und es kam zu Straßenkämpfen, welche mit dem Erhängen des Kriegsministers Theodor von Latour endeten. Der kaiserliche Hof floh aus der Stadt und es gelang den Wiener BürgerInnen, die Hauptstadt in ihre Gewalt zu bringen. Nur einige Wochen später rekrutierte die österreichische Krone Armeetruppen aus verschiedenen Provinzen, worauf konterrevolutionäre Truppen Wien beschossen und schließlich erstürmten. Es folgten Wochen der Hinrichtungen und viele der RevolutionsführerInnen mussten wegen ihrer Freiheitsliebe sterben. Die bürgerliche Revolution in Österreich war damit niedergeschlagen. Es kam nie zur Realisierung der im März ausgearbeiteten Verfassung, stattdessen zu einem Siegeszug der monarchisch-konservativen Kräfte. ◀

Service, das hilft!



Stipendium jetzt beantragen!

Die Studienbeihilfe wurde geschaffen, um jenen Studierenden unter die Arme zu greifen, deren Eltern sie nicht ausreichend finanziell unterstützen können. Abgesehen davon, dass die Höhe des Stipendiums viel zu niedrig und die Anspruchsdauer zu kurz ist, gibt es noch ein zusätzliches Problem. Etwa ein Drittel der Menschen, die Anspruch auf eine Beihilfe haben, stellen keinen Antrag, weil sie meinen, sie würden keine bekommen. Deshalb möchten wir allen empfehlen, einmal einen Antrag zu stellen. Selbst wenn kein Anspruch besteht, erfährst du so wenigstens wie viel Unterhalt deine Eltern leisten sollten. Sollte Anspruch auf ein Stipendium bestehen, muss lediglich darauf geachtet werden, dass in den ersten beiden Semestern ein Studierfolg von mindestens 15 ECTS Punkten oder sieben Semesterwochenstunden geschafft werden, um

die Beihilfe nicht wieder zurückzahlen zu müssen. Um das Stipendium nach einem Jahr noch weiter beziehen zu können, braucht es einen Studierfolg von mindestens 30 ECTS Punkten oder 14 Semesterwochenstunden.

Bis zum 15. Dezember ist es noch möglich, die Studienbeihilfe rückwirkend zu beantragen. Das heißt, alle die noch bis zum 15. Dezember ihren Antrag stellen, bekommen, sofern ihr Antrag positiv entschieden wird, die Studienbeihilfe rückwirkend ab Semesterbeginn ausbezahlt. Grundsätzlich reicht es dafür, bis zum Stichtag den Antrag zu stellen; eventuell fehlende Unterlagen können später nachgebracht werden. Nach dem 15. Dezember kann zwar immer noch ein Antrag gestellt werden, das Stipendium wird dann aber erst ab dem Folgemonat ausbezahlt. *tac* ◀

Nähere Infos findest du auf www.oeh.ac.at und www.stipendium.at

Caution! Kautiön

Viele von uns wechseln während ihrer Studienzeit zumindest einmal die Wohnung. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Bei Abschluss eines neuen Mietvertrags kommen jedes Mal verschiedenste Kosten auf uns zu. MaklerInnen können, abhängig von der Dauer des Mietvertrags, zwischen zwei und drei Monatsmieten Provision verlangen und die VermieterInnen selbst wollen meist noch mal soviel an Kautiön. So kommen schnell einige tausend Euro zusammen. Die ÖH fordert, wie auch die meisten MieterInnenorganisationen, dass die MaklerInnenprovisionen von den VermieterInnen getragen werden, da diese ja auch die Vermittlungsleistung in Anspruch nehmen.

Zusätzliche finanzielle Probleme gibt es, wenn VermieterInnen der alten Wohnung die bezahlte Kautiön

nicht zurückzahlen wollen. In den meisten Fällen geht es dabei um das Ausmalen von Räumen oder um abgenutzte Fußböden. Häufig ist das Einbehalten der Kautiön rechtlich nicht gedeckt. Die MieterInnen müssten die Kautiön allerdings einklagen, was mit einem Kostenrisiko verbunden ist. Als ÖH wollen wir dieses Ungleichgewicht beseitigen. Sollten unsere MietrechtsexpertInnen zu dem Schluss kommen, dass deine Kautiön zu Unrecht einbehalten wurde, unterstützen wir dich bei deinem Gang zur Schlichtungsstelle, gegebenenfalls auch vor Gericht, und übernehmen die Verfahrenskosten. *tac* ◀

Nähere Infos bekommst du bei der ÖH

Wohnrechtsberatung:
Dienstag 9-12 Uhr, Donnerstag 13-16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Kultur, praktisch gesehen...

Auch auf kleinen Unis gibt es außergewöhnliche Studien. So zum Beispiel das seit 2004 bestehende Studium Angewandte Kulturwissenschaft auf der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Insgesamt nur 362 Studierende sind derzeit für Bachelor und Master inskribiert. Daniela Lindhuber studiert seit fast vier Jahren in der Hauptstadt Kärntens und ist bereits in die Kulturlandschaft des Landes integriert.

Die theoretische Ausbildung an der Uni sei „ein ideales Sprungbrett in den Beruf“ und habe ihr in der Praxis sehr geholfen, sagt die Studentin, die unter anderem als Assistentin an der *neuenbuehnevillach* mitwirkte. „Die Möglichkeiten im Kulturbereich sind vielfältig und reichen über die Organisation kultureller Veranstaltungen bis hin zum kulturtheoretischen Arbeiten“, erklärt sie und empfiehlt angehenden KulturwissenschaftlerInnen, unbedingt praktische Erfahrung zu sammeln.

Zu Praktika oder einem Auslandssemester rät auch Studienprogrammleiter Ao.Univ.-Prof. Dr. Johann Strutz. „Es kommen aber auch viele Interessierte, die bereits im Kultursektor arbeiten, an die Universität Klagenfurt, um ihre Kenntnisse wissenschaftlich zu fundieren“, ergänzt er. Das Spezifikum dieses praxisorientierten Studiums sei die einzigartige Kombination aus betriebswirtschaftlicher und wissenschaftlicher Bildung, die durch drei Sprachen ergänzt wird. Wie Daniela kam auch Eva Wohlfarter des Studiums wegen nach Kärnten. „Rückblickend hat das Studium sehr zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen“, sagt die vielfältig interessierte und politisch engagierte Studentin. ◀

Judith Massar, studiert Germanistik in Wien.

Studiendauer: 6 Semester; Praxis bzw. Auslandssemester im Ausmaß von mindestens 6 Wochen im 5. Semester
Akademischer Titel: Bakk. phil. (Bakkalaurea bzw. Bakkalaureus der Philosophie)

www.uni-klu.ac.at/klm

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
paedref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (Bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr und 19 - 21 Uhr, sowie
Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 29
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 9 - 12 Uhr und
Donnerstag 13 - 16 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22
sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch: 13-16 Uhr
Dienstag, Freitag: 09-12 Uhr,
Donnerstag: 18-20 Uhr (Mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifeprüfung)
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25
studienberatung@oeh.ac.at
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich
Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73
Martin.Olesch@oeh.ac.at

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und
Koordination der Maturantinnen- und Maturantenberatung in Wien

Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
Agnes.Wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag: 10-13 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95
Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36
internationales@oeh.ac.at
Skype: [internats_bv](https://www.skype.com/en/contacts/bv/internats_bv)

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
Dienstag: 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
Donnerstag: 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
Freitag: 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

Tel: +43 (0) 676/888 522 74
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
oder +43 (0) 676/888 522 52
Mittwoch: 11-14 Uhr
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Politik



Was ist aus den Protesten zu lernen?

Kommentar von Christian Felber

Die Proteste der Studierenden weisen in die Zukunft, weil sie vorzeigen, was „Eigenverantwortung“ heißt; allerdings nicht im neoliberalen Sinn, dass jeder und jede für die eigene Pension vorsorgt oder eine private Krankenversicherung abschließt, sondern im besten „liberalen“ Sinn: Ein Kollektiv setzt sich für die eigenen Rechte ein und bedient damit gleichzeitig das Gemeinwohl. Denn freie, offene und chancengleiche Unis sind ein Lebenselixier der Demokratie. Das Hoffnungsmachende ist, dass die Studierenden dieses Lebenselixier nicht nur von den Verantwortlichen einfordern, sondern auch gleich selbst brauen: durch Selbstorganisation, Selbstgestaltung und Selbstumsetzung. Eigenverantwortung im besten Sinne.

Daran könnten nicht nur, sondern sollten sich auch andere gesellschaftliche Gruppen ein Beispiel nehmen: In den Schulen sollten Lernende und Lehrende die Schulen nach dem Geschmack der Lerngemeinschaft selbst gestalten, nicht nach dem Geschmack von BildungspolitikernInnen und SpitzenbeamtenInnen. Die Bahn sollte von den Reisenden und den ÖBB-Bediensteten selbst organisiert werden, nicht von Proporzmanagern auf Versorgungsposten. Die Banken sollten eben-

falls von den BürgerInnen übernommen und – wie einst Raiffeisen – als Selbsthilfe organisiert werden.

Natürlich sollten Protest und Alternativen nicht dauerhaft im rechtsfreien Raum stattfinden, sondern sich den entsprechenden Rechtsrahmen ebenfalls aneignen. Ein möglicher Weg dorthin: Ein direkt gewählter Bildungskonvent könnte die Werte, Ziele und Finanzierung der Universitäten und Schulen neu festlegen und Mitbestimmung als universalen Wert und materielles Recht verankern. Analog könnten weitere Konvente für die Bahn, die Banken oder die gesamte Wirtschaft tagen.

Hätte der Souverän das grundlegendste aller Rechte: selbst Gesetze zu beschließen, dann bräuchte es weder Protest noch Besetzung, denn dann könnten wir – als Souverän – die Bildungspolitik selbst machen. Es ist der Gesellschaft zu wünschen, dass die Proteste zu dieser höheren Form demokratischer Freiheit führen. ◀

Der Autor ist Buchautor, Universitätslektor und Mitbegründer von Attac Österreich: www.christian-felber.at

KURZMELDUNGEN

In vielen Ländern Debatte um Homo-Ehe.

Am Neujahrstag 2010 können homosexuelle Paare in Österreich erstmals eine „eingetragene PartnerInnenschaft“, ähnlich der Ehe, eingehen. Das Recht auf eine gesetzlich anerkannte gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaft wird immer häufiger besprochen. In Slowenien sollen Homo-Paare in Zukunft Kinder adoptieren dürfen. In Kuba erwägt die Regierung ein Gesetz, das PartnerInnenschaften und Adoption erlauben soll. In Nepal hat das Oberste Gericht die völlige Gleichstellung von homosexuellen Paaren befohlen. BefürworterInnen hoffen, dass dieser Trend sich 2010 fortsetzen wird.

Ende des Welthungers nicht in Sicht.

Jeder siebte Mensch auf der Erde hungert. Vierzehn Jahre sind vergangen, seit sich die Staaten der Welt in den „Millenniumszielen“ auf eine Halbierung des Welthungers einigten. Diese Ziele konnten aber bisher nicht annähernd erfüllt werden. Konzentriert ist der globale Hunger vor allem auf afrikanische und asiatische Staaten, wobei vor allem die Landbevölkerung sowie BewohnerInnen von Slums großer Städte betroffen sind. Grund für die andauernde Hungerkrise sind Naturkatastrophen und steigende Lebensmittelpreise, die 2008 einen historischen Höchststand erreicht hatten.

Der alternative Nobelpreis.

Am dritten Dezember liegt Stockholm im Nobelpreisfieber, einen Tag danach folgt der alternative Nobelpreis, der *Right Livelihood Award*. Wir möchten ihren Leistungen zusätzlich auch hier Anerkennung schenken: Catherin Hamlin behandelt in Äthiopien Frauen, die durch mangelhafte medizinische Betreuung während der Kindesgeburt an Infektionen oder Lähmung leiden. Alyn Ware hat geholfen, Friedenserziehung in alle neuseeländischen Schulen zu integrieren. René Ngongo ist ein lautstarker Kämpfer gegen Umweltzerstörung in der Demokratischen Republik Kongo.

Audimax als Prototyp für Europa

Die Hochschulproteste 2009 haben das Potential zu Großem. Gelingt es den protestierenden StudentInnen, ihr Anliegen nach außen zu kommunizieren und sich europaweit zu vernetzen, dann könnten sie bald eine mächtige Reform-Allianz bilden, die den Bologna-Prozess entscheidend verändern könnte.

VERENA RINGLER

In Washington D.C. und Priština, zwischen Ministerstuben und ungeheizten Volksschulen an den Rändern Europas; ob für Magazine, Thinktanks oder die Europäische Union: meine Arbeit und mein Leben spielen sich an vielen Orten ab. Ich habe gelernt, Standpunkte zu ändern, Bestehendes zu hinterfragen und jedem Prozess mit dem Blick einer Anfängerin zu begegnen. Durch diese Prismen hindurch stellt sich die Audimax-Bewegung als mehr dar als ein Protest. Sie ist ein möglicher Prototyp für unsere Zukunft. Drei Gründe:

Erstens, ich selbst kenne den globalen Marktplatz als einen Ort, wo Initiativen prinzipiell eine Chance gegeben wird – seien das die Yale Global Fellowships, die BBC World Challenge oder die TED Talks (Vorlesungen im Internet; u.a. vom Vorarlberger Designer Stefan Sagmeister). Allein dass so viele Studierende eine gewaltlose Allround-Organisation für Bildung aufbauen, mit Pressedienst, Livestream, Ausschuss- und Plenardebatten zur Bildungspolitik, zum Klimawandel und zur politischen Ökonomie, würde in internationalen Foren mit Applaus beantwortet.

Zweitens, in der Weltpolitik werden Prioritäten der Zukunft verhandelt, nicht der Vergangenheit. Die EU hat vor einem Jahr einen Weisenrat zum Thema Zukunftsplan bestellt (mit an Bord: der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz). Jenes Österreich, das die Audimax-Bewegung bisher nur aus dem Fernsehen kennt, hat nun einen solchen Rat frei Haus bekommen. Diese Bewegung möchte über Österreich im Jahr 2030 sprechen und das ist für alle essenziell.

Drittens, Führungskräfte im 21. Jahrhundert denken international und interdisziplinär. Im Kommen sind multiple Identitäten und multipolare Biografien. Wer heute in Linz oder Graz studiert, wird

mit großer Wahrscheinlichkeit in Zukunft nicht in Linz oder Graz arbeiten, sich verlieben, forschen, Praktika absolvieren, Kurzverträge annehmen, Trennungen durchstehen, Wohnungen mieten, ein Doktors-Studium machen und Kinder großziehen. Wir pendeln, wir reisen, wir binden uns kaum noch an einen Ort. Ähnlich wie für die Menschen in Berlin und Baku, geht es für die Studierenden in Linz und Graz darum, sich mit dem komplexen 21. Jahrhundert zu arrangieren. Dazu gehört auch das Diskutieren über und Ausrangieren von Dingen, die entbehrlicher Ballast geworden sind. Parteibücher, Klubzwang, Landtage, Bundesrat: das sind Schubladen. Unsere Leben verlangen jedoch nach USB-Docking-Stationen. Also nach klaren, verständlichen Spielregeln, wo und wie wir mit unserer Existenz andocken können. Egal, ob für ein paar Monate oder für ein ganzes Leben. Was kann die Bewegung Audimax tun, um ihre Rolle als Prototyp zu entwickeln?

Unübliche Prozesse und spannende Narrative. Die Bewegung kann von der Weltpolitik lernen. Die Aufgaben des 21. Jahrhunderts – Pandemien, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Finanzkrisen etwa – erfordern breite und oft unübliche Allianzen. Das betrifft die G20 und die UNO; Staaten, Firmen und NGOs. Zwei Beispiele: *Ocean 2012* ist eine neue Gruppe von NGOs plus einigen Regierungen, die ihre Interessen formulieren und bündeln, um die EU-Fischereipolitik im Jahr 2012 zu reformieren. Dieses große Orchester ist nötig, wenn sehr laute Interessens-Gruppen über lange Zeit hinweg die Politik dominieren. Oder: vor einigen Jahren haben sich *Unilever Indonesia* (ein Zweig des multinationalen Konzerns) und die britische NGO *Oxfam* zusammengesetzt: Die Frage, die Unilever an *Oxfam* stellte: Lindern oder intensivieren unsere Ak-

tivitäten die Armut? Oxfam bekam Zugang zu allen Unilever Dokumenten und MitarbeiterInnen. Der Prozess brachte Einsichten; er brachte vor allem seitenlange Narrative über diese unübliche Partnerschaft.

Für die Audimax Bewegung heißt das: Wenn die, an die sich die Bewegung wendet, schlafen, dann wende sie sich an jene, die wach sind. Die Bewegung könnte einen „Stakeholder-Prozess“ in Gang setzen, indem sie zuerst eine Landkarte erstellt: Wer ist Audimax? Wer ist Nicht-Audimax? Welche Interessensgruppen und Individuen sind im Nicht-Audimax, ließen sich aber mit Überzeugungskraft in den Orbit Audimax hineinziehen?

Vielfältige Handlungskreise. Stadt, Bundesland, Österreich, Europa. Die Personen und Gruppen sind ebenfalls vielfältig: Studierende von heute, gestern und morgen, TrendforscherInnen, Eltern, VolksschullehrerInnen, SpitzensportlerInnen, Tourismus-Gurus, Vorstandsvorsitzende, ArchitektInnen, MusikerInnen, ForscherInnen im Ausland. All diese Leute, so die These, erahnen den Lebenstraum und den Weg dorthin. Sie wissen um die Wichtigkeit von Bildung und Chancen Bescheid, sie misten regelmäßig ihre Wohnungen, ihre Facebook-Accounts und ihre Leben aus; weil sie wissen, wie wichtig die Inventur und das Neue sind.

Sie alle sind potenzielle FreundInnen der Bildungs-Bewegung Audimax. Der Schlüssel zur breiten Bildungs-Bewegung und -Debatte heißt: erklären, erklären, erklären. Was will Audimax? Was wünscht Audimax? Was hat Audimax mit dem Kindergarten in Frastanz, der Volksschule in Frankenburg, der Hauptschule in Telfs zu tun? Was bietet Audimax den eigenen Geschwistern, die den Lehrberuf wählen? Den Kindern aus Kosovo von nebenan? Der Optikerin aus den Niederlanden, die sich hier niedergelassen hat?

Worauf die Audimax Bewegung weiters bauen könnte, heißt – als Potenzial – Euromax. Fast 100 europäische Unis sind besetzt. Damit hat der EU-weite Bologna-Prozess in den vergangenen Wochen eine Fokusgruppe bekommen, wie ihn sich kein Staat und kein Meinungsforschungsinstitut hätte leisten können. Europas Studierende in Hörsälen und auf Straßen sind die breite Rückkoppelung auf einen Prozess, der nach Kalibrierung verlangt. Dieses Potenzial – Audimax als Reform-Allianz im Bologna Diskurs – könnte die Bewegung nützen, indem sie sich nicht nur als Österreich-Prototyp, sondern auch als EU-Prototyp versteht. Audimax könnte die Plattform für ein „Buch der Rekorde“ (in Sachen AutorInnen-Zahl) zum zehnjährigen Bologna-Jubiläum 2010 darstellen. Die vielen Stimmen an Europas Unis könnten gesammelt und nach Brüssel getragen werden. Audimax als Prototyp für Euromax.

Woraus die Audimax-Bewegung schöpfen könnte? Ein Beginn ist die Umfrage *Gallup World Poll*. Sie ergab, dass die Mehrheit der Menschen einen dominanten Lebenstraum hat und der heißt: „einen guten Job.“ PolitikerInnen haben demnach dann Erfolg, wenn sie ihr Dorf, ihre Stadt, ihre Uni, ihr Land zu einem Ort machen, an den Menschen kommen (und von dem sie nicht weggehen); einem Ort, wo wenige „Kreative“ wiederum etliche neue, gute Jobs kreieren; wo Neues möglich wird. Anders gesagt mit den Worten Jim Goodwins: „The impossible is often the untried“ – „Das Unmögliche ist oft das Unversuchte.“

Die Autorin studierte Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Magazinjournalismus in Innsbruck, Wien, Uppsala, Bologna und Washington. Sie ist international und für die EU tätig; im November hielt sie Gast-Vorlesungen im Audimax und im Sowimax; siehe www.zib21.com

Alle reden vom Wetter

Große Töne, wenig dahinter. An Ambitionen und großen Zielen hat es im Bezug auf den Stopp der Erderwärmung noch nie gemangelt, am Commitment allerdings schon. Ob in Kopenhagen bei der 15. UN-Klimakonferenz der große Umschwung kommt darf bezweifelt werden.

CORNELIA KRÖPFL

Das Ziel ist klar: Es gilt, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu schließen – oder zumindest die Weichen dafür zu stellen. Dazu müssen aber – anders als bei der Kyoto-Vereinbarung vom 11. Dezember 1997 – auch die USA und China mit ins Boot geholt werden. Immerhin emittieren die USA fast 20 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr und sind damit – gemessen an der Pro-Kopf-Emission – der weltweite Klimasünder Nummer eins. Gemeinsam mit China sind die USA für mehr als ein Drittel aller klimaschädlichen Emissionen auf der Erde verantwortlich.

Für Schwellenländer wie China war im Kyoto-Protokoll keine Treibhausgas-Reduktionen vorgesehen. Das soll sich nun ändern: Der Klimaschutz soll nicht alleinige Aufgabe der Industriestaaten bleiben. Länder wie der Kongo können jedoch kaum dazu verpflichtet werden in Solaranlagen zu investieren, wenn das Geld kaum für Krankenhäuser und Schulen reicht – hier ist die Hilfe der Industriestaaten gefragt.

Aktiv zum Klimaschutz beitragen wollen nun die USA: Präsident Barack Obama wird selbst am Klimagipfel in

Kopenhagen teilnehmen. Um 17 Prozent – und damit unter das Niveau von 2005 – wollen die Vereinigten Staaten den CO₂-Ausstoß bis 2020 reduzieren.

Der Zug ist noch nicht abgefahren.

Bei der Verminderung der Treibhausgase gibt es auch in Österreich noch einiges zu tun. Für Österreich wird Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) am Verhandlungstisch sitzen. „Ich erwarte mir klare Entscheidungen von Industrie- und Entwicklungsländern über ihren jeweiligen Beitrag zu einem zukünftigen Klimaabkommen“, sagt er im Interview mit **PROGRESS**. Der Europäischen Umweltagentur zufolge wird die Alpenrepublik als einziges EU-Land die Kyoto-Ziele nicht erreichen. Für Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) ist der Zug aber noch nicht abgefahren: „Abgerechnet wird 2012 und bis dahin muss jedenfalls noch viel passieren.“ Beim Verkehr zum Beispiel. In diesem Sektor sind die Emissionen zwischen 1990 und 2006 um ganze 83 Prozent gestiegen. Was kann getan werden, um diesem Trend entgegenzusteuern? „Die Streckenstilllegungspläne der ÖBB müssen sofort gestoppt werden“, fordert der Österreichische Umweltdachverband (UWD). Das „Österreich-Ti-



Foto: Oberleitner

cket“ für den Verkehr müsse endlich eingeführt werden. Immerhin sei das auch im Regierungsprogramm vereinbart gewesen. Ein weiterer Vorschlag des UWD: Passivhausstandard für alle neuen Gebäude ab 2012, Nullenergiehausstandard ab 2015.

Bewegung in die österreichische Klimapolitik soll die „Energiestrategie 2020“ bringen, die „zahlreiche neue Vorschläge zur Energieeffizienz und zum Energiesparen“ enthält, wie Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) im Interview betont. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll

um rund 30 Prozent gesteigert werden: von 26 auf 34 Prozentpunkte.

An Ideen und hochgesteckten Zielen mangelt es weder bei uns in Österreich, noch auf globaler Ebene. Weitgreifende Maßnahmen erfordern natürlich ein gut überlegtes Konzept. Solange sich aber nicht jede und jeder einzelne über die Tragweite des eigenen Handelns bewusst ist – und sei es nur der Standbybetrieb eines PCs – ist eine nachhaltige Veränderung wohl kaum möglich.

Die Autorin studiert Journalismus und Public Relations in Graz.

Auch ein kleiner Beitrag hilft

„Nachhaltige Umweltsysteme“ nennt sich das berufsbegleitende Studium an der FH Burgenland, über das wir mit dem 26-jährigen Steirer Andreas Kröpfl gesprochen haben.

PROGRESS: Nehmen die ÖsterreicherInnen den Klimawandel zu sehr auf die leichte Schulter?

ANDREAS: Den meisten Leuten ist meiner Meinung nach schon bewusst, dass die globale Erwärmung ein Problem darstellt. Mit einfachen Richtlinien würde allen klar was sie selbst tun können um dem entgegen zu wirken. Jeder, auch kleine, Beitrag hilft und ist gesamtheitlich wertvoll. Viele glauben noch immer, Kleinigkeiten bewirken nichts.

Elektrogeräte im Haushalt sind heute deutlich energieeffizienter als noch vor 20 Jahren, trotzdem ist der Stromverbrauch zwischen 1990 und 2007 um fast 24 Prozent gestiegen. Woran könnte das liegen?

Der Fernseher braucht heute zwar viel weniger Strom als vor 20 Jahren, nur hat heute jede

und jeder drei Fernseher statt einem. Also steigt in Summe der Verbrauch. Wir machen zwar alles stromsparender und effektiver, nur kaufen wir dann einfach mehr davon.

Wie kann den Menschen näher gebracht werden, dass das nachhaltige Handeln jedes und jeder Einzelnen wichtig ist?

Es muss ein System geschaffen werden, in dem jedeR Einzelne sieht, welchen Sinn der eigene Beitrag hat. Es könnte für einen Ort eine konkrete Zielvorgabe festgelegt werden, zB eine gewisse Menge Strom, die innerhalb eines Jahres eingespart werden soll. Am Ende des Jahres könnte dann in der Lokalzeitung veröffentlicht werden: Familie Maier hat soviel gespart und Familie Huber soviel. Dann

weiß jedeR, wo der eigene Haushalt steht und es gibt einen Anreiz.

Was müsste passieren, damit sich der Einsatz erneuerbare Energien, wie zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen auf Privathäusern, tatsächlich rechnet?

Die Anschaffung der Anlagen muss günstiger werden oder der Geldertrag steigen. Wenn ich bei Photovoltaik-Anlagen dieselbe Menge absetze wie bei Gasthermen, kann ich mit dem Preis auch so günstig sein, dass sich Photovoltaik auf jeden Fall rechnet. Auch wenn der Strompreis auf entsprechend hohem Niveau läge, wäre eine Rentabilität sofort gegeben.

Das Interview führte Cornelia Kröpfl.

Angefeindet im Parlament

PolitikwissenschaftlerInnen der Universität Wien beschäftigten sich in einem Projekt mit der Geschichte jüdischer Abgeordneter im österreichischen Parlament von 1861 bis 1938.

SASKIA STACHOWITSCH

Als der Jüdische Klub 1907 im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats antrat, um laut eines Artikels der Jüdischen Zeitung für „Rechte, Interessen und die Wohlfahrt des jüdischen Volkes“ sowie gegen „alle von welcher Seite immer kommenden Angriffe auf das Judentum“ zu kämpfen, stellte dies zwar eine bis dahin ungekannt selbstbewusste Organisations- und Artikulationsform „jüdischer“ Anliegen dar, aber keinesfalls den Beginn jüdischer Beteiligung an der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus. PolitikerInnen, die dem jüdischen Glauben angehörten oder angehört hatten, waren an der Entstehung und Entwicklung parlamentarischer Institutionen von Anfang an beteiligt und haben diese entscheidend mitgeprägt. Während das Wirken von Juden und Jüdinnen in Kunst, Kultur und Wissenschaften einigermaßen gut aufgearbeitet ist, ist ihr Anteil an Österreichs politischer Geschichte, insbesondere an der Geschichte des Parlamentarismus, bisher wenig beleuchtet worden.

Am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien widmen sich daher zwei Forschungsprojekte in Kooperation mit dem Parlament der politischen Integration von Juden und Jüdinnen in Österreich, sowie ihrer Repräsentation und Partizipation im Abgeordnetenhaus des Reichsrats und im Nationalrat der 1. Republik. Zu diesem Zweck wurden zunächst die Biographien jüdischer Abgeordneter recherchiert und in einer Datenbank aufbereitet. Ziel der Forschung war nicht die Sammlung detaillierter Einzelbiographien, sondern ein Brückenschlag zwischen Biographien und den sozialen und politischen Strukturen und Verhältnissen des Untersuchungszeitraums. Das gesammelte Material dient darüber hinaus der Reflexion unterschiedlicher Bedeutungsgehalte der Begriffe „jüdisch“ und „Judentum“.

Kein einheitliches Jüdinnen- und Judentum. So fallen die sozialen, politischen, kulturellen, nationalen und auch religiösen Unterschiede zwischen den rund achtzig Abgeordneten ins Auge, die aufgrund der projektbezogenen Kriterien (Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinde bei der Geburt) in die Datenbank aufgenommen wurden. Unter dem Sammelbegriff „jüdische Abgeordnete“ finden sich orthodoxe Rabbiner, deutsch-liberale UnternehmerInnen, konser-

vative Polnisch-Nationale, ZionistInnen und Jüdisch-Nationale, sowie konfessionslose SozialdemokratInnen. Diese Bandbreite stellt Vorstellungen eines einheitlichen Jüdinnen- und Judentums in Frage und verweist auf vielfältige Kooperationen und Konflikte abseits der Trennlinie jüdisch/nicht-jüdisch. Dennoch waren jüdische Abgeordnete nicht in allen parlamentarischen Fraktionen und in allen Phasen der Entwicklung des Parlamentarismus gleichermaßen vertreten. Demokratisierung von politischem System und Wahlrecht führte im Untersuchungszeitraum zur Ausweitung der Repräsentativität parlamentarischer Institutionen durch Integration von sozialen Schichten, Nationalitäten, Konfessionen und Geschlechtern. Diese Prozesse beeinflussten Formen und Ausmaß der Repräsentation der jüdischen Bevölkerung im Parlament entscheidend.

Neue Heimat Sozialdemokratie. Die anfängliche Konzentration jüdischer Abgeordneter in liberalen Fraktionen wurde durch den Aufstieg moderner Massenparteien, zunehmenden Nationalismus und Antisemitismus aufgeweicht. Ab den 1880er Jahren führte verstärkte Repräsentation slawischer Nationalitäten dazu, dass immer mehr jüdische Abgeordnete in national definierten Fraktionen, besonders im Polenklub, vertreten waren. Mit den weiteren Demokratisierungsschüben 1897 und 1907 kam es einerseits zu einem Zuwachs jüdischer sozialdemokratischer Abgeordneter und andererseits zum Aufstieg der Jüdischnationalen Partei. Der Zusammenbruch der Monarchie, die Errichtung einer demokratischen Republik und die Folgen des Ersten Weltkrieges veränderten jüdische Partizipation im österreichischen Parlament neuerlich. Fast alle jüdischen, konvertierten oder vom Jüdinnen- und Judentum ausgetretenen Abgeordneten waren in dieser Phase SozialdemokratInnen. Dies hatte einerseits mit der Verarmung und Proletarisierung von Teilen der jüdischen Bevölkerung zu tun, aber auch mit der Tatsache, dass alle anderen parlamentarischen Kräfte mehr oder weniger antisemitisch ausgerichtet waren.

Obwohl also aufgrund von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen historische Verbindungen zwischen österreichischen Juden und Jüdinnen und bestimmten politischen Fraktionen bestanden, stellten die untersuchten Abgeordneten zu keinem Zeitpunkt eine einheitliche politische, nationale oder soziale Gruppe dar. Vorstellungen eines homogenen Judentums

waren auf Zuschreibungen von außen zurückzuführen. Stets bestanden Konflikte innerhalb der jüdischen Bevölkerung und zwischen jüdischen Abgeordneten über die Frage, welche Politik „jüdische Interessen“ am besten vertreten könne. Die Bedeutung von „Jüdisch-Sein“ war daher auch im parlamentarischen Kontext stets umkämpft.

Parlamentarismus und Antisemitismus. Eine Beschäftigung mit dem Themenkomplex Jüdinnen- und Judentum und Parlamentarismus bedeutet notgedrungen auch eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Das Parlament war ein zentraler Politikraum, in dem sich die Transformation vom christlich geprägten Antijudaismus zum modernen Antisemitismus als politische Ideologie vollzog. Deutsch-nationale AntisemitInnen konnten 1885 einige Mandate erringen, Antisemitismus blieb aber nicht auf diese beschränkt und wurde bald zum fixen Bestandteil des parlamentarischen Alltags. Antisemitische Rhetorik wurde häufig als Code für Antiliberalismus, Antisozialismus oder Antiintellektualismus eingesetzt. Sie durchzog Debatten aus unterschiedlichsten Politikfeldern wie Universitäts-, Migrations- oder Gewerbepolitik und kam bei Nationalitätenkonflikten ebenso vor wie in Wahlrechtsdebatten. Außer dem Jüdischen Klub trat kaum eine Partei antisemitischen Tendenzen entgegen. Seine Auflösung 1911 war daher nicht das Ende jüdischer Repräsentation im Parlament, sehr wohl aber das Ende des vehementen, systematischen Einsatzes gegen antisemitische Anfeindungen. ◀

Die Autorin studiert Politikwissenschaft in Wien.

Projekttitle: „Jüdische Abgeordnete im österreichischen Parlament 1861 bis 1938“ und „Judentum und Antisemitismus im österreichischen Parlament 1861 bis 1938“

Projektteam: Eva Kreisky, Matthias Falter, Saskia Stachowitsch.

Förderinstitutionen: Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank, Zukunftsfonds der Republik Österreich, Nationalfonds der Republik Österreich

DOSSIER

A man with dark hair and a light beard, wearing a white button-down shirt and dark trousers, stands in a kitchen. He is holding a white plate of spaghetti topped with meat sauce. The kitchen has light blue tiled walls, a sink with a faucet, and a checkered floor. A metal rack with various kitchen items is visible on the wall behind him. The overall scene suggests a student's daily life.

Unser täglich Brot

Mit welchen Jobs Studierende sich über Wasser halten

Arbeit als Gnade

Der Praktika-Wahnsinn greift weiter um sich: Mehrmonatige Praktika ohne (nennenswerte) Bezahlung scheinen zum Standard zu werden - auch in öffentlichen Einrichtungen. Doch auch „normale“ Nebenjobs haben oft einen Haken.

SOPHIE WOLLNER

Das Inserat ist so knapp wie die Bezahlung: EineN PraktikantIn „ab sofort für 6 Monate – 40 Wochenstunden“ sucht eine bekannte Wiener Werbeagentur. In Aussicht gestellt wird eine „Taschengeldpauschale“ (!) von € 306 im Monat. Schlecht oder gar nicht bezahlte Praktika stehen mittlerweile auf der Tagesordnung – und das nicht nur in der Medien- und Werbebranche.

Für reiche Kinder. Oft lautet das Tauschgeschäft, welches beiden Seiten recht bewusst ist: Tausche unbezahlte Arbeit gegen Referenz im Lebenslauf. Schließlich macht sich ein Praktikum bei einem renommierten Unternehmen oder einer bekannten Institution gut bei späteren Bewerbungen. In der Hoffnung auf zukünftig gute Jobs beißen Studierende nur allzu oft in den sauren Apfel schlechter Bezahlung und mieser Arbeitsbedingungen. Gerade was die Karriereplanung betrifft, offenbart sich ein weiterer Pferdefuß von Praktika: Ein mehrmonatiges Praktikum im Ausland muss meistens selbst finanziert werden. So sucht das österreichische Außenministerium für seine Botschaften in aller Welt VolontärInnen. Für die Dauer von zwei

bis sechs Monaten wird dort gleich gar nichts bezahlt, auch Anreise und Unterkunft müssen selbst getragen werden. Statt in der Behandlung von PraktikantInnen mit gutem Beispiel voranzugehen, stellt sich so selbst die österreichische Bundesregierung auf eine Ebene mit den schlimmsten AusbeuterInnen auf dem studentischen Arbeitsmarkt.

Die Gesamtkosten für ein solches Praktikum werden sich je nach Arbeitsstandort und Land auf mehrere tausend Euro belaufen. Für Studierende, deren Eltern das nötige Kleingeld für diese Form der Karriereplanung nicht haben, eine unerreichbare Größenordnung. Und so fügt sich zur allgemeinen Ungerechtigkeit noch jene hinzu, dass das Außenministerium eine „Renommee-Zeile“ im Lebenslauf anbietet, die sich nur Kinder reicher Eltern leisten können.

Schmutzige Tricks. Selbst dort, wo die Entlohnung auf den ersten Blick nicht ganz so furchtbar scheint, lauern Fallen: Ein Sprachinstitut sucht beispielsweise für sechs Monate eineN PraktikantIn mit Studienabschluss „im Bereich KundInnenbetreuung“. € 1000 sind versprochen – kein sonderlich angemessener Lohn für Uni-AbsolventInnen. Dazu kommt die Abrechnung über ei-

nen Werkvertrag, Urlaubsanspruch, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Krankenstand? Bei Werkverträgen fällt das alles flach. Auch die Sozialversicherung fällt unter die Eigenverantwortung. Die Umgehung von echten Angestelltenverträgen durch Werkverträge ist ein beliebter Trick der ArbeitgeberInnen, der immer mehr um sich greift. Für so mancheN wirkt eine Anstellung schon wie ein Lottogewinn.

Flexibel oder prekär? Dabei würde Flexibilität beim Job gerade Studierenden entgegenkommen: zum Beispiel an eigene Lehrveranstaltungen angepasste Arbeitszeiten. Fast immer läuft die vermeintliche „Flexibilität“ jedoch nur in eine Richtung: zugunsten der ArbeitgeberInnen. Schlechte Arbeitsbedingungen, beispielsweise kaum planbare Arbeitszeiten, und ganz allgemein das Vorenthalten von sozialen Rechten machen studentische JobberInnen oft zu prekär Beschäftigten.

Die Frage nach den Ursachen solcher Entwicklungen ist dabei gar nicht schwer zu beantworten: Die ArbeitgeberInnen nutzen die schwierige Lage vieler Studierender aus, die auf Nebenjobs und Praktika angewiesen sind. Aus vielen Kollektivverträgen, die einen Großteil der ArbeitnehmerInnenrechte in Öster-

reich regeln, sind PraktikantInnen gänzlich ausgenommen. Ein Mindestlohn für Praktika steht nach wie vor nicht auf dem Programm der Regierung. Auch bei der Umschichtung in Dienstverhältnisse „zweiter Klasse“ ziehen Studierende oft den Kürzeren.

Im Paragrafendschungel. Eine weitere Schwierigkeit sind die oft kaum durchschaubaren, unterschiedlichen Regelungen bei Beihilfen, Sozialversicherung und Steuer. Sich genug Geld dazuzuverdienen wird zum Spießrutenlauf zwischen unterschiedlichen Zuverdienstgrenzen bei Familien- und Studienbeihilfe oder Unterhaltsleistungen der Eltern. Ein einzelner Euro über einer Einkommensgrenze kann beispielsweise die Rückzahlung der Familienbeihilfe für ein ganzes Jahr – über € 2.000 – bedeuten.

SuperpraktikantIn? Der Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) sucht zur Zeit „den Superpraktikanten“. Wer eine Woche mit dem Minister verbringen möchte, muss sich online bewerben, „gewählt“ werden und „darf“ dann für fünf Tage Finanzministerluft schnuppern – danach bekommt die „auserwählte Person“ einen Urlaub geschenkt. Obwohl sich die Regierung in ihrem Programm vorgenommen hat, etwas für PraktikantInnen zu tun, schlägt das genau in die oben beschriebene Kerbe des Prekariats. Denn bei Prölls SuperpraktikantIn geht es nicht um die Verbesserung der Dienstverhältnisse und soziale Absicherung sowie Rechte für PraktikantInnen, sondern um PR für ihn selbst.

Was die Studierenden aber brauchen, nicht nur auf der Uni, sondern auch in der Arbeitswelt, sind Superrechte. ◀

KOMMENTAR DER REDAKTION

Dass Studierende mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden sind, haben sie in den letzten Tagen und Wochen lautstark gezeigt. Für Unverständnis sorgte vor allem die Tatsache, dass sich nicht alles nur um Bildungspolitik dreht. Die Lebensrealität von Studierenden beginnt und endet jedoch nicht an der Hochschule. Die letzte Studierenden-Sozialerhebung (2006) zeigt, dass 81,5 Prozent der Studierenden nebenbei arbeiten. Schlecht bezahlte Jobs, undurchsichtige Anstellungen und jede Menge bürokratischer Aufwand sind somit für den größten Teil der Studierenden Alltag. Auf der nächsten Seite findest du einen guten Überblick über die Lage arbeitender Studierender in Österreich.

Da die Probleme und auch Erfahrungen im Berufsleben vielfältig sind, legen wir in diesem Dossier unser Augenmerk auf die persönlichen Erlebnisse der im Folgenden vorgestellten Personen. Auf den Seiten 20 bis 23 findet ihr verschiedene StudentInnen, die von ihren (Neben-) Jobs berichten. ▶

Der 150-Kilometer-Kurier

HANNES, 24: Wenn ich auf dem Fahrrad sitze, dann lege ich pro Tag zwischen 100 und 150 Kilometer zurück. Eine Leidenschaft für Fahrräder und das Fahren hatte ich schon immer. Die Vorstellung, damit Geld zu verdienen, brachte mich soweit, es als Fahrradkurier zu versuchen.

Das Honorar steht natürlich in keiner Relation zur Hack'n. Ich will das auf keinen Fall weiter hauptberuflich machen, aber ich kann's auch nicht ganz bleiben lassen. Es ist ein Lebensgefühl. Der Job hat viele Vorteile: Ich bin überall unterwegs, völlig flexible Arbeitszeiten, immer in Bewegung, immer fit, und Oberschenkel wie ein Mammut-

baum. So richtig geile, pure körperliche Scheißarbeit. Es ist so eine Art Hassliebe. Meine größten GegnerInnen im Straßenverkehr sind die Autos. Seit längerem fahre ich nur noch mit Kopfhörern im Ohr, damit ich mir die Beleidigungen der AutolenkerInnen nicht mehr anhören muss.

Ich beziehe keinerlei Beihilfen, und meine Eltern unterstützen mich nur bedingt. Nebenher baue ich aus alten Teilen neue Fahrräder und verkaufe sie. Mein Job ist harte Arbeit, trotzdem reicht das Geld gerade eben so. Irgendwann hab' ich mich so reingesteigert, dass ich nur mehr geradelt bin. Mein Architekturstudium auf der TU Wien ist zurzeit auf Pause geschaltet. Vielleicht schaffe ich im nächsten Jahr mehr. *Afa* ◀

Der Weltenbummel-Kellner

GREGOR, 26: Manchmal ist Zurückkommen schon merkwürdig. Während meiner Studienzeit war ich öfters im Ausland, einmal als Englischlehrer für Waisenkinder in Armenien, ein anderes Mal für ein Jahr auf Erasmus-Austausch in Litauen. Jedes Mal, wenn ich wieder da bin, gibt es für mich die gleichen Kellner-Jobs – für gleich wenig Geld. Inflation scheint es im Gastgewerbe nur bei den Getränkepreisen zu geben. Seit dem Sommer wohne ich wieder in Wien. Seither arbeite ich zwei bis dreimal die Woche am Abend in einem Gasthaus. Im Vorhinein weiß ich nie genau Bescheid, ob und wann ich arbeiten soll. Ich gehe heim, nachdem der letzte Gast gegangen ist. Da ich nicht abkassieren darf, nehme ich nur meinen Stundenlohn mit nach Hause, etwa € 60 für einen Abend. Diese Summe ist im Wiener Nachtleben leider viel zu schnell wieder ausgegeben. Die meiste Zeit lebe ich bescheiden und rauche Wuzel-Zigaretten. Sonst müsste ich verhungern.

Mein Geld verdiene ich jedoch nicht, um damit Party zu machen, sondern um mein Studium zu finanzieren. Im Moment plane ich meine Diplomarbeit in Politikwissenschaft, außerdem studiere ich nebenbei Russisch. Nach meinem Abschluss gehe ich sicher wieder ins Ausland. Ich will meinen Eltern dann aber nicht mehr auf der Tasche liegen. Als Student muss ich bei allem, was ich tue, auf die Kohle schauen. Das macht einen auf die Dauer verrückt!

Afa ◀





Die Aufheiter-Expertin

SOPHIA, 22: Früher dachte ich, Österreich wäre wie Deutschland. Das war bevor ich herkam. Seit einigen Wochen studiere ich Internationale Entwicklung an der Uni Wien, weil es diese Studienrichtung nur hier gibt. In Österreich sind nicht nur die Ladenöffnungszeiten anders als in Deutschland. Zu Hause konnte ich mir mit meinen Auftritten leicht Geld verdienen. Ich bin nämlich ausgebildete Clownin. Zwei Jahre habe ich die Clownschole in Mainz besucht, seither mache ich für die Kinder Faxen – gegen Bezahlung. In Wien suche ich noch nach Gigs. Mit meinen Clown-Künsten kann ich hoffentlich einen Teil meines Lebensunterhalts selbst verdienen, den Rest bekomme ich von meinen Eltern. Die haben selbst neben ihren LehrerInnenjobs gemeinsam ein Zirkusprojekt am Laufen.

Mit meinem Freund wohne ich in einem Zirkuswagen am Wagenplatz zusammen, einem autonomen Gelände, wo jeder sich ansiedeln darf. Im Winter beheizen wir unser Zuhause mit Holz, das auf der Baustelle nebenan übrig bleibt. Wie ich mit meinem Geld auskommen würde, wenn ich eine „normale“ Wohnung bezahlen müsste, weiß ich nicht. Ich bin auch politisch aktiv. Vor ein paar Jahren habe ich als Teil der *Clown Army* gegen G8-Gipfel und Atommülltransporte demonstriert. Zusammen mit meinem Freund will ich *Clowns ohne Grenzen* in Österreich gründen und für Kinder in Flüchtlingsheimen auftreten. Wenn ich die Energie dazu habe ...

Afa ◀



Der Zwergeflüsterer

JAN, 25: Kindern das Handball spielen beizubringen ist nicht mein Traumberuf, aber es ist sicher eine gute Sache. Denn in einem Sportverein wird mehr vermittelt als nur die Technik an sich. Das Miteinander ist besonders wichtig und im Training lernen die Kinder Probleme in der Gruppe zu lösen. Auf Teamfahrten werden Freundschaften vertieft und es ist auch eine sehr interessante Erfahrung mal der zu sein, der in der Jugendherberge dafür sorgt, dass alle im Zimmer sind.

Noch drei Trainingseinheiten und ich habe die erste Million zusammen. Naja, nicht ganz. Reich wird man dabei sicher nicht. Die Aufwandsentschädigung genügt, um die Miete zu bezahlen. Deswegen habe ich noch einen zweiten Job bei einer Zeitarbeitsfirma angenommen und erledige gelegentlich Projekte als Büroassistent oder Statistiker. Dort erhält man einen facettenreichen Einblick in die Berufswelt und lernt viele interessante Menschen kennen.

Meine Eltern können mich finanziell leider nicht unterstützen, da ich drei Schwestern habe, von denen zwei noch zur Schule gehen und deshalb erstmal versorgt werden müssen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass sich die zwangsläufig erlernte Eigenverantwortung und Selbständigkeit später einmal bezahlt machen werden. Bis dahin hilft nur Optimismus und meine mich liebevoll unterstützende Freundin.

Ach ja, nebenbei studiere ich Psychologie und Betriebswirtschaft.

Aks ◀



Die Bastel-Fee

SARAH, 23: Der Wiener Charme bekommt nicht jedem. Mir zumindest nicht. Der Anfang in dieser Stadt war schwierig, denn die Leute hier sind ein bisschen unfreundlich. Mittlerweile habe ich mich aber daran gewöhnt. Ich kann mir sogar gut vorstellen, hier zu bleiben. Ursprünglich bin ich aus Deutschland. Bevor ich nach Wien kam, reiste ich lange in Südamerika herum. In Uruguay habe ich meinen Freund kennen gelernt und mit nach Wien gebracht. Mit Leon zusammen bastle ich Schmuck und kleine Pfeifen, die wir auf verschiedenen Märkten in der Stadt verkaufen. Diesen Monat bieten wir unsere Sachen am Weihnachtsmarkt am Spittelberg an.

Die Arbeit ist nicht gerade eine Goldgrube. Ich versuche schon lan-

ge nicht mehr, mir den Stundenlohn für meine Arbeit zu berechnen, weil mich das deprimieren würde. Darum geht es auch nicht. Ich brauche die Arbeit als Ausgleich zu meinem kopflastigen Studium am Afrikanistik-Institut. In jeder Kette und jedem Ohrring steckt etwas von mir drin. Diese Arbeit macht mir mehr Spaß als ein stinknormaler Studentenjob. Zu mehr als zum bloßen Überleben reicht es aber mit dem Geld nicht.

Die Bedingungen an der Universität hier sind schlimm, aber mir gefällt das Studium, trotz am-Boden-sitzen in den Hörsälen. Vielleicht wäre es angenehmer, zuhause in Deutschland zu studieren. Mein Leben in Wien ist oft ziemlich karg. Ich will aber auf jeden Fall weitermachen.

◀
Afa

Prekäre Lehre

Prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten existieren nicht erst seit gestern. Schon in den 1960er-Jahren wurden LektorInnen für einzelne Lehraufträge beschäftigt. Mittlerweile sind zwar alle angestellt, bekommen aber nur schlecht dotierte Semesterverträge.

THOMAS SCHMIDINGER

Was sich aber gegenüber den 1960er-Jahren geändert hat, ist die Tatsache, dass viele LektorInnen mittlerweile auch außerhalb der Universitäten oft nur ähnlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorfinden wie innerhalb der Unis. Zwar gibt es immer noch den Typus des Anwalts, der nebenher eine Lehrveranstaltung hält, dieser ist jedoch mittlerweile die große Ausnahme. Für immer mehr WissenschaftlerInnen sieht die Welt außerhalb der Unis nicht besser aus als innerhalb. Und so gibt es heute deutlich mehr LektorInnen, die entweder (fast) nur davon leben, mehrere Lehraufträge parallel – manchmal auch an mehreren Universitäten – zu halten, oder sich von einem Projekt zum nächsten durch-

zuwurschteln. Dabei wird zwar oft auch geforscht und damit inhaltlicher Input für die Lehrveranstaltungen geschaffen, soziale Sicherheiten bringen solche (Forschungs-) Projekte jedoch nicht. Kein Wunder, dass viele jüngere LektorInnen nach einigen Jahren entweder aus der Wissenschaft aussteigen oder ins Ausland abwandern. Älteren LektorInnen bleibt auch diese Option nur selten. Werden diese einmal krank oder ist ihre Lehre plötzlich nicht mehr gefragt, weil sie durch jüngere oder durch Senior Lecturer ersetzt worden sind, müssen sie nicht einmal gekündigt werden. Es genügt ihnen, einfach keinen Lehrauftrag mehr zu geben. Und schon steht der 50 Jahre alte Sozial- und Kulturanthropologe oder die 45 Jahre alte Philosophin auf der Strasse. Hochqualifizierte werden am AMS dann rasch zu Überqualifizierten.

Förderung? LektorInnen erhalten jeweils nur für ein Semester gültige Verträge. Das ist eine Entscheidung der jeweiligen Universitäten. Nach dem neuen Kollektivvertrag wäre es sehr wohl möglich, langjährigen LektorInnen auch längerfristige oder unbefristete Arbeitsverträge zu geben. LektorInnen haben fast nirgends einen Arbeitsplatz. Wenn überhaupt Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, dann allenfalls eine Kopierkarte, ein Postfach oder ein Institutsschlüssel. An manchen Instituten gibt es nicht einmal das. LektorInnen haben keinen Zugang zu Förderungen zu denen anderes wissenschaftliches Personal Zugang hat, etwa für den Besuch von internationalen Konferenzen oder Übersetzungskosten für wissenschaftliche Artikel. Obwohl also sämtliche wissenschaftliche Artikel zu Hause mit eigenem Computer

am eigenen Arbeitsplatz mit eigenen Büchern verfasst werden, werden LektorInnen einmal im Jahr von den Universitäten aufgefordert, ihre wissenschaftliche Leistung für die Leistungsbilanzen ihrer Universitäten zur Verfügung zu stellen. Die Uni profitiert damit gleich mehrfach von ihren prekarierten MitarbeiterInnen.

Der Autor ist Vorsitzender der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen (www.ig-elf.at).

INFOBOX

Rund 7.000 LektorInnen sind derzeit an verschiedenen österreichischen Universitäten tätig. Für einen zweistündigen Lehrauftrag erhalten sie knapp mehr als die Geringfügigkeitsgrenze von € 357,74.



www.oeh.ac.at

Politik, die wirkt. Service, das hilft.





Ablenkungsmanöver

Kommentar von Robert Pfaller

Wer den protestierenden Studierenden einmal wirklich zuhört, wird schnell merken, dass die Diskussion über Beschränkungen des Hochschulzuganges lediglich ein Ablenkungsmanöver ist. Es ist der Versuch, den Streik der Studierenden zu entpolitisieren und ihn um seine wichtigsten Inhalte zu bringen: nämlich um die Kritik an der Bologna-Reform und am Universitätsgesetz (UG) 2002. Die Studierenden streiken für ein Studium, das allen einen selbständigen Wissenserwerb in der Auseinandersetzung mit Forschung ermöglicht. Darüber hinaus soll es eine Universität geben, in der die Entscheidungen wieder bei denjenigen liegen, die etwas von der Sache verstehen, nämlich Studierende und Lehrende.

Der Zorn der Studierenden hat sich angesichts der drohenden Einführung der sogenannten „Bologna-Struktur“ entzündet, das heißt eines in die Stufen „Bachelor“ und „Master“ zweigeteilten Studiensystems. Diese Einführung würde aufgrund der aktuellen Unterfinanzierung der Universitäten dazu führen, dass ein Zweiklassensystem der Bildung entsteht: mit einem billigen, stumpfsinnig verschulden Bachelor-Teil für viele und einem teuren Master-Teil für wenige, zahlungskräftige Menschen.

Weiters hat die Studierenden empört, dass sich die durch das Universitätsgesetz 2002 eingeführte, so genannte „Vollrechtsfähigkeit“ der Universitäten in der aktuellen Praxis so darstellt, dass das Ministerium den Universitäten bei den wichtigsten Entscheidungen massiv hineinregiert. Bei der Finanzierung werden die Universitäten allerdings im Regen stehen gelassen. Überdies richtet sich der Streik gegen die Tatsache, dass das UG 2002 und das Universitätsorganisationsgesetz 1993 fast jede Form der universitätssinternen Beratung und Entscheidungsfindung abgeschafft haben. Stattdessen entsteht eine straffe Befehlskette mit wirkungsvoll schwach gehaltenen Gliedern. Einzelne EntscheidungsträgerInnen, wie beispielsweise der oder die RektorIn, sind mit zu viel Macht ausgestattet, um sie überhaupt tragen zu können.

Die Reformen des letzten Jahrzehnts haben eine Unterwerfung von Forschung und Lehre unter die Kriterien der Bürokratie bewirkt.

Der Autor lehrt als Professor für Philosophie und Kulturwissenschaft an mehreren österreichischen Universitäten.

KURZMELDUNGEN

gehört gehört. zurzeit aber auch selbst produziert. Der Radiosender Ö1 sucht noch bis 15. Jänner 2010 deutschsprachige Nachwuchs-Hörspiele für den nunmehr zum sechsten Mal stattfindenden Wettbewerb *track 5*. Für drei bis sieben Minuten gesprochene, montierte und geschnittene Töne ohne inhaltliche Voraussetzungen werden am 19. Februar im Klangtheater des Radiokulturhauses € 1000 bzw. zweimal € 500 vergeben. Schon Alfred Döblin und Ingeborg Bachmann konnten durch dieses alterwürdige Genre der Radiokultur in der Literatur Fuß fassen. Also ran an die Regler! oer.orf.at/hoerspiellaktuell

bewegt bewegt. Ob absurd oder theatralisch, humorvoll oder polemisch, gefilmt oder animiert – bewegte Bilder faszinieren. Eine Hommage an den künstlerischen Film zeigt derzeit die Kunsthalle Wien in Kooperation mit der Universität für Angewandte Kunst in der noch bis 10. Jänner laufenden Ausstellung *videorama*. In Räumen mit unterschiedlichen Themen, die rund 40 verschiedene Clips umfassen, überlagern sich audiovisuelle Eindrücke. Zur Verfügung gestellt wurden sie von der Ursula-Blickle-Sammlung, die insgesamt etwa 2500 Werke von 800 Kunstschaffenden umfasst. www.kunsthallewien.at

impro impro. Improvisationstheater gibt es bereits seit zirka 1400 Jahren, auch Anfang des 20. Jahrhunderts war es noch allgemein üblich, Texte live zu improvisieren. Die Wiener Formation *urtheater* lässt diese Tradition wieder aufleben. In ihrem aktuellen Stück *Improkrimi – Mord is back on town* bestimmt das Publikum das Opfer, das Schauspiel-Team liefert die Auflösung. So entsteht mit viel Kreativität und Spaß gemeinsam mit den Zusehenden jeden Abend ein neues Stück. Die nächsten Termine im Theater Drachengasse: 14. 12., 25. 01. und 15. 02. Weitere Infos: www.drachengasse.at, www.urtheater.at



Ist die Welt der Vorstellungen revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht mehr Stand.

Malen nach Zahlen

Schon bei den Revolutionen der 68er Jahre wurde mit einem wirksamen Mittel gekämpft: der Kunst. Seit dieser Zeit wird sie mehr als je zuvor als ein Zeichen des Protests genutzt und erreicht bei den Hochschulprotesten einen neuen Höhepunkt.

CARO NARR

„We don't need no education“ tönt es im Kinderchor aus den Lautsprechern in das besetzte Audimax der Universität Wien. Eine kleine Gruppe Spielwütiger hat sich dem aktuellen Thema des Studierendenstreiks und den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen angenommen und versucht nun, gemeinsam mit dem überwiegend studentischen Publikum nach Lösungsansätzen zu suchen. Auf der „Bühne“ verzieren nach Graffiti Art gestaltete, übermenschenshohe Bilder den sonst neutralen Vorlesungssaal. Sie karikieren den maroden Bildungszustand auf den Universitäten und die dafür verantwortlichen PolitikerInnen auf äußerst kreative Weise.

Seit über einem Monat wird das Audimax als alternativer Ausstellungs- und Veranstaltungsort für Konzerte, Filmabende, politische Diskussionen und Plena genutzt. Ebenso lang vereinigen sich schon Kreative in vielseitigen Arbeitsgruppen, um dem Protest ein künstlerisches Gesicht zu geben. Ganz dem basisdemokratischen Leitgedanken der über Wikipedia solidarisierten StudentInnen-Generation „Niemand tritt in den Vordergrund – jedeR ist wichtig“ folgend und entgegen des am Profit orientierten Kunstmarktes, wird in den besetzten Hörsälen momentan eine Kunst produziert und konsumiert, welche sich am weltweiten Protest orientiert.

Zeichen des Protests. In Arbeitsgruppen aufgeteilt, werden Transparente mit einschlägigen Bannern gestaltet und Buttons mit dem Logo der „brennenden Uni“ gebastelt. LiedermacherInnen schreiben Protestlieder. Es werden Filmabende veranstaltet und öffentliche Aktionen geplant. Alles in allem bieten die besetzten Unis ein breit gefächertes Angebot an Kunst und Kultur. Und all das passiert im Zeichen des Widerstands. In Frankreich werden als Blockade Skulpturen aus Stühlen und Tischen gestapelt, in anderen Ländern werden Banken und Theateraufführungen gestürmt. AktivistInnen schlafen aus Protest in den Eingangsbereichen von Schulen und Universitäten, spielen in U-Bahnen den Fahrgästen den Platzmangel an den Lehranstalten vor und tragen T-Shirts bedruckt mit grinsenden Credit

Points oder einfach nur mit der Aufschrift „Elite StudentIn“. Doch wären es nur die StudentInnen die protestieren und wäre das Ziel zu konfus, hätte das Lauffeuer, entzündet an der Uni der Bildenden Künste, nicht in so kurzer Zeit einen der größten internationalen Protestbrände entfacht. Ein Katalog an Forderungen wurde nach nur einer Woche erstellt. Das Ziel ist keine Auktion, bei der mit dem niedrigsten Gebot begonnen wird, sondern richtige Verhandlungen.

Weiteres Wichtiges: Solidaritätsbekundungen von Gewerkschaften, Schulen, Kindergärten und vor allem von Seiten der Kunst, die das Problem der Präkarisierung seit längerem kennen und mit den StudentInnen teilt. Im Zuge der Privatisierung der Kunst und finanzieller Kürzungen für öffentliche Ausstellungen können viele Museen nur noch das ausstellen, was ihnen als Leihgabe von privater Hand zur Verfügung gestellt wird. Der Kunstmarkt ist auf der von Sinneskälte vereisten Autobahn ins finanzielle Schleudern geraten und mitten in den Crash seiner Financiers geprallt – ohne staatlichen Aushilfsairbag. ARCO-Direktorin Lourdes Fernández über die in Madrid platzierte, Preis angehende Kunstmesse: „Wir arbeiten das Doppelte, um am Ende die Hälfte zu erreichen.“ Mehr als sonst gelte das Prinzip, dass vor allem Qualität und Innovation zum Überleben notwendig seien. „Wenn wir die Verkäufe des Vorjahres erreichen, können wir zufrieden sein“, sagte der Chef der Messegesellschaft, Luis Eduardo Cortés. Es ist ergo nicht die freie Kunst, die sich vielfältiger denn je in diesen Tagen dem öffentlichen Auge präsentiert, sondern der Kunstmarkt, der mit seinen Elite-Mäzenen in deren Blase geplatzt ist.

Kunst und Bildung. Früher wurde die Kunst bemüht, um Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen. Heute lebt sie ihre Aufgabe wieder und läuft Seite an Seite mit StudentInnen, Gewerkschaften und anderen Bildungsdialogbeteiligten. Denn so unterschiedlich ihre Meinungen voneinander auch sind, haben sie ihren kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden: den kapitalorientierten Neoliberalismus samt seinen AnhängerInnen. Dies befördert den Titel Studierendenprotest zur Protestbewegung und in manchem Munde sogar zur Revolution.

Die Protestierenden von heute scheinen die Revolutionsversuche der 68er, 76er und 89er analysiert und ihnen eine Fehlerdiagnose unterzogen zu haben. Heraus kam ein basisdemokratisches Modell, welches spielerisch versucht, die Öffentlichkeit zu finden und sie nicht nur zu provozieren. Es gibt kein Alphatier, das die Politik symbolisch enthaupten kann.

Der wohl signifikanteste Vorteil gegenüber anderen Bewegungen in der Geschichte sind die Neuen Medien und die Kunst, sich derer zu bedienen. In unfassbarer Geschwindigkeit erschaffen die Studierenden Webseiten, um den besetzten Hochschulen eine Internetpräsenz zu erstellen und sich über Foren digital zu vernetzen. Die unlängst als neue Kunstform gehandelte Kommunikationsguerilla stellt Videospiele her, in denen ECTS-Punkte gejagt und die letzte Demo auf Videoplattformen angeschaut werden können. Das Internet bringt auch eine gewisse Notwendigkeit mit sich, Meldungen und Aufrufe auf die Monitore zu posten, welche sich in den letzten Hinterstübchen der jungen MeinungspartizipantInnen befinden. Darüber hinaus soll es auch die Scham entkräften, welche entstehen kann, wenn man sich über den Individualisierungsdruck einer Bewegung anschließt.

Doch um die Empathie der Gesellschaft zu gewinnen, bedarf es immer noch einer alten authentischen Demonstration und einer haptischen Form des Protests auf der Straße. So hat die Aktion „Licht ums Dunkel“ als Lichterkette, bestehend aus mit Fackeln bewaffneten Menschen, das Parlament umstellt und somit wieder für eine Schlagzeile in der Presse und für Gesprächsstoff in Büros gesorgt.

Es wird keine Kunst erschaffen, die man Generationen später in Museen besichtigen kann. Vielmehr wird ein Gesamtkunstwerk von Performances, Theaterstücken und all den unsammelbaren Werken kreiert, derer sich schon die 68er-KünstlerInnen bedienten. Diese konnten mit Hilfe eben dieser Kunstwerke einen Teil des konservativen BürgerInnentums auf Dauer entstauben. ◀

Die Autorin studiert Theaterwissenschaft in Wien.

„Wir lieben unsere VoKü!“

Die Volxküchen sind von den Protesten in den großen Hörsälen der österreichischen Universitäten nicht wegzudenken. Das politische Essen zum Selbstkostenpreis oder gegen eine freie Spende blickt auf eine lange Geschichte zurück, und ist nicht nur in Österreich sondern auf der ganzen Welt zu finden.

SOPHIE LOJKA

Durch die Besetzung der Hörsäle in Österreich ist die Volxküche vielen StudentInnen ein Begriff geworden. Für die Proteste sind diese so genannten VoKüs ein wichtiger Bestandteil, denn sie versorgen die sich engagierenden Personen mit gesunder Nahrung und dienen als Treffpunkt abseits der Arbeitsgruppen und Plena. „Ohne uns wäre eine so lange Besetzung gar nicht möglich!“, sagt eine Mitarbeiterin der VoKü im Audimax der Uni Wien selbstbewusst, während sie mit einem langstieligen Löffel in einem großen Topf mit Nudeln umrührt. Und tatsächlich wäre es wohl für die meisten Studierenden, die bei den Protesten mitarbeiten, finanziell gar nicht möglich, sich mehrere Wochen von Fastfood oder Restaurantessen zu ernähren anstatt zu Hause selber zu kochen.

Kochen mit Geschichte. Die Institution Volxküche gibt es aber nicht erst seit den Studierendenprotesten in Österreich. Denn im Rahmen von linken Aktionen und Veranstaltungen, aber auch als eigenständiges Event oder regelmäßiger Treffpunkt sind VoKüs schon seit den 1960ern zu finden. Ihre Geschichte geht jedoch noch weiter zurück. Seit über 150 Jahren gibt es Menschen, deren Ziel es ist, leistbares Essen für alle anzubieten. Unter dem Namen Volksküche, Suppenküche oder Armenküche kochten vor allem Frauen für bedürftige Menschen. Viele dieser Einrichtungen gingen davon aus, dass Armut naturgegeben, selbstverschuldet oder durch spezielle Notsituationen, wie zum Beispiel durch Krieg, temporär vorhanden ist und versuchten, diese zu lindern.

Im zweiten Weltkrieg gründeten die NationalsozialistInnen nach dem Verbot der ArbeiterInnenwohlfahrt in Deutschland die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“, die neben der Gründung von Kindergärten und der Betreuung von schwangeren Frauen

auch die Speisung der Armen übernahm. Das Essen wurde allerdings nur an Menschen mit „rassischer und politischer Reinheit“ ausgeteilt. So wurde die eigentlich positive Idee der Verteilung von leistbarem Essen faschistisch vereinnahmt.

Dieser Umstand erklärt auch, warum sich die heutigen Volxküchen im deutschsprachigen Raum, die vor allem ab den 1980ern einen großen Aufschwung erfahren haben, mit einer bewussten Falschschreibung bezeichnen. Sie distanzieren sich somit von dem problematischen Begriff des Volkes. Einige VoKüs nennen sich Bevölkerungsküchen (BeVöKüs), um sich noch klarer von der rassistischen Konnotation des Wortes „Volk“ abzugrenzen.

Und was ist mit Fleisch? Volxküchen dienen nicht einfach nur dazu, Essen auszugeben. Die VoKüs zeigen durch ihre Arbeit auf, wie verschwenderisch in unserer Gesellschaft mit Lebensmitteln umgegangen wird. Sie lukrieren ihre Zutaten durch Spenden oder „containern“ und „dumpstern“, also durch das Sammeln von abgelaufenen oder weggeworfenen Lebensmitteln, die noch zum Verzehr geeignet wären. Gleichzeitig geht es ihnen auch darum zu zeigen, wie unmenschlich der Umgang mit Armut im kapitalistischen System ist. Armut ist nicht einfach vorhanden, sondern wird durch Kapitalismus er-

zeugt. Das politische Engagement der Kochenden wird jedoch in den meisten Fällen nicht gerne gesehen. Unzählige VoKü-AktivistInnen, vor allem in den USA, wurden schon verhaftet und eingesperrt.

Anders als manch eine Regierung haben die Gäste der VoKüs wiederum wenig am Essen auszusetzen – es schmeckt und ist leistbar. Einziger Kritikpunkt bleibt das Nichtvorhandensein von Fleisch. Tatsächlich ist es in den meisten Volxküchen so, dass ausschließlich vegetarische oder vegane Speisen zubereitet werden. Eine Mitarbeiterin der VoKü in der Uni Wien hat dafür eine simple Erklärung: „Fleisch würde sich einfach nicht lange genug halten.“

Der Grund liegt, neben der schon erwähnten schwierigen Lagerung von Fleisch, auch darin, dass der Konsum von tierischen Produkten für die VoKüs ein politisches Problem darstellt. Die Produktion von Fleisch, Milchprodukten und Eiern benötigt eine große Menge von pflanzlicher Nahrung für die Tiere, mit der stattdessen eine viel größere Anzahl von Menschen ernährt werden könnte als durch die so hergestellten tierischen Nahrungsmittel. Auch die Umweltverschmutzung durch die Nutztiere ist ein Kritikpunkt. Zusätzlich setzen sich viele VoKü-AktivistInnen dafür ein, dass es nicht länger zu einer Massentierhaltung und zu einem grausamen Töten von Lebewesen kommt.

International abgeschmeckt. Volxküchen gibt es auf der ganzen Welt. So gibt es in der so genannten „dritten Welt“ Projekte, bei denen es vor allem darum geht, möglichst viele Menschen mit Nahrung zu versorgen und zu zeigen, dass eine selbstständige Organisation von Lebensmittelproduktion und -beschaffung möglich ist.

In Europa gibt es unzählige Organisationen, die für linke Events und Großdemonstrationen kochen. So zum Beispiel *Le Sabot*, die sich 2007 gegründet haben. *Le Sabot* ist vor allem bei Veranstaltungen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland anzutreffen. Sie bezeichnen sich selbst als mobile, vegane Mitmach-Küche.

In den USA gibt es seit genau 30 Jahren die Organisation *Food Not Bombs*. Mittlerweile sind sie in über 100 Gemeinden in den USA und der ganzen Welt aktiv. Sie versorgen Obdachlose, Tagesbetreuungseinrichtungen und Familien von streikenden ArbeiterInnen mit Essen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für erfolgreiche VoKü-Projekte. Sie und viele andere sind der Grund dafür, warum Menschen auf der ganzen Welt sich dem anschließen, was eine Studentin im besetzten Audimax der Uni Wien treffend auf den Punkt gebracht hat: „Wir lieben unsere VoKü!“

Die Autorin studiert Lebramt Mathematik und Englisch in Wien.



Mit viel Engagement und Organisationstalent versorgt die VoKü Protestierende.

Foto: Novotny

Traumberuf JournalistIn?

Etwa 8000 JournalistInnen arbeiten derzeit hauptberuflich in Österreich. Der Kampf um feste RedakteurInnenstellen erfordert eine herausragende Qualifikation. Neben der guten journalistischen Ausbildung ist laut Autor vor allem eine Spezialisierung gefragt.

CHRISTIAN HARDINGHAUS

Erst Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich der Journalismus von der klassischen Literatur abgegrenzt und sich als eigenes Berufsfeld etabliert. Klar, einE SchriftstellerIn braucht Schreibtalent, um einen Roman zu verfassen. Doch wie viel Talent und wie viel Ausbildung stecken in einem Journalisten, einer Journalistin? Eine Frage, die wohl dazu beigetragen haben könnte, dass es bis heute keinen einheitlichen Ausbildungsweg für JournalistInnen gibt.

Rein juristisch darf sich in Österreich wie auch in Deutschland jede Person JournalistIn nennen, die mit Stift oder Tastatur etwas zu Papier bringt. In der Arbeitswelt sieht das natürlich anders aus. Redaktionen und Verlage in Deutschland setzen in der Regel ein Studium voraus.

Studium erwünscht. Tatsächlich haben 70 Prozent aller deutschen JournalistInnen ein abgeschlossenes Hochschulstudium, die wenigsten davon im Bereich der reinen Journalistikstudiengänge. In Österreich sind die Voraussetzungen nicht ganz so streng. Hier haben weniger als 40 Prozent der JournalistInnen ein abgeschlossenes Studium. Bisher galt aber die Matura als grundsätzliche Voraussetzung. Da aber auch hierzulande in Folge der Medienkrise der Markt umkämpfter geworden ist, stehen die Chancen für HochschulabsolventInnen um einiges besser.

Wie auch in Deutschland eröffnen sich in Österreich den AbsolventInnen „nicht-journalistischer“ Studiengänge die besten Möglichkeiten.

So sagte Andreas Unterberger noch vor seiner Ablösung als Chefredakteur der *Wiener Zeitung* gegenüber *Journalist-Online*: „Unter den Studienrichtungen gibt es wieder klare Prioritäten. Die größte Chance auf eine Aufnahme in eine Redaktion eröffnet ein Wirtschaftsstudium, die schlechtesten ein Publizistikstudium. Generell gilt, dass jedes Studium, das vom Inhalt und Aufbau ein seriöses und qualitätsorientiertes Image hat, willkommen ist.“

Journalistisches Schreiben. Hier zeigt sich bereits, dass für journalistische Arbeit- oder AuftraggeberInnen ein fachliches „Vorauswissen“ gefragt ist. Neben dem Studium bleibt aber vor allem die Praxis von höchster Bedeutung. Denn zwar sollte eine gewisse Schreibaffinität vorhanden sein, doch gutes journalistisches Schreiben und Recherchieren unterliegt Kriterien, die erlernbar sind. Ein klassisches, 24 Monate dauerndes Volontariat bei einer Zeitung oder einem Verlag, wie es in Deutschland üblich ist, gibt es in Österreich nicht. Das wurde noch bis vor wenigen Jahren kritisiert. Doch auch in Deutschland verliert diese Form der Ausbildung an Bedeutung. Theorie wird in der Ausbildung kaum vermittelt, Verlage drücken sich vor der Bezahlung nach Tarif bzw. Kollektivvertrag.

Sach- und Fachkompetenz gefragt. In einer Redaktion ausgebildete JournalistInnen, ob nun durch Volontariat oder Quereinstieg durch Praktika, werden in der Regel in der Arbeitswelt flexibel einsetzbar, nicht aber spezialisiert sein. Gerade aber

unsere Informationsgesellschaft, in der Wissen einen immer größeren Stellenwert einnimmt, verlangt nach ExpertInnen.

Das erkennen vor allem private Schulen und Akademien. Das Österreichische Journalisten-Kolleg des *Kuratoriums für Journalistenausbildung* (KFJ) in Salzburg schult neben der journalistischen Sachkompetenz explizit auch die Fachkompetenz. Wissen in einem speziellen Ressort, wie etwa in der Politik, Wirtschaft oder im Sport, sollen vertieft und erweitert werden. Ein ähnliches Konzept wird in der *Freien Journalistenschule* (FJS) in Berlin verfolgt. „Mit der Kombination aus Fachwissen und einer guten journalistischen Zusatzqualifikation können sich FachjournalistInnen von ‚AllrounderInnen‘ absetzen und haben deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagt René Teichmann, Direktor der FJS.

Der *Deutsche Fachjournalistenverband* (DFJV), der in enger Kooperation mit der FJS steht, hat den weltweiten Branchenwandel längst erkannt und unterstützt die Entwicklung des fachlich orientierten Qualitätsjournalismus. „Deshalb gehört Journalisten die Zukunft, die sich auf ein Ressort spezialisiert haben. Denn nur sie verfügen über das Hintergrundwissen, das es ihnen ermöglicht, ihre Leser, Zuhörer und Zuschauer kompetent in ihrem Berichterstattungsfeld zu informieren“, heißt es auf der Homepage des DFJV.

Berufsbegleitende Ausbildung. Die FJS bietet AkademikerInnen ein Fernstudium an, in dem sie zu-

sätzlich zu ihrem fachlichen, erworbenen Spezialwissen das nötige Rüstzeug erlernen, um sich als FachjournalistIn etablieren zu können. Die Haus- und Praxisarbeiten werden von zu Hause aus erledigt, DozentInnen und TeilnehmerInnen tauschen sich regelmäßig in Seminaren im Online-Campus aus. „Das Studium ist zeit- und ortsunabhängig, eine berufsbegleitende Ausbildung ist so möglich. Viele unserer TeilnehmerInnen kommen aus Österreich“, sagt Teichmann.

Leila Wabenneger etwa hat in Österreich Mikro-Biologie studiert und arbeitet bei einer amerikanischen Biotech-Firma in Wien. „Ich wollte nebenher Fachartikel auf meinem Gebiet schreiben. In Österreich habe ich nichts Passendes gefunden. Das Fernstudium ist auch von den Inhalten her optimal für mich“, sagt die Studentin der FJS.

Wie speziell und erkenntnisreich der Fachjournalismus Strukturen untersuchen kann zeigte das Urteil einer Gruppe britischer GolfjournalistInnen, die im Auftrag der *International Association of Golf Tour Operators* (IAGTO) 2004 weltweit fachlich recherchierten. „Das Golfland Österreich ist die Entdeckung des Jahres“, lautete ihr Fazit.

Ob nun Fernstudium, JournalistInnenschule oder Weiterbildung während Redaktionspraktika: Qualität wird in Zukunft eine immer gewichtigere Rolle im Journalismus einnehmen.

Denn Qualität bleibt auch im Journalismus einfach das beste Rezept. ◀

Der Autor ist freier Journalist.

Kreiskys Außenpolitik

Die deutsche Zeithistorikerin Elisabeth Röhrlich zeichnet in ihrem umfassenden Erzählband *Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm* die persönlichen Ambitionen und Erlebnisse des „Politikgenies“ über die gelungene Außendarstellung von Österreich nach. Kreiskys Politik erklärt sich aus seiner Biographie. Die Autorin folgt diesen Stationen und setzt sie unmittelbar in einen breiten nationalen wie internationalen Kontext. Um Geschichte handhabbar zu machen, ist es verlockend, sie zu periodisieren. Die Ideengeschichte ist als Hilfswissenschaft für eine Biographie besonders geeignet. Röhrlich bedient sich der Methode der Ideengeschichte, die in der deutschsprachigen Forschung eine lange Tradition hat. Sachlich und objektiv zeichnet die Autorin Kreiskys Lebensweg nach.

Das 20. Jahrhundert war ein „Zeitalter der Extreme“ – unfassbare Verbrechen stehen neben Wohlstand und Demokratie in seiner Bilanz. Kreisky erlebte diese „Extreme“ hautnah.

Österreichische Vergangenheit. Seine frühe Kindheit war noch von der Monarchie geprägt, er erlebte die krisengeschüttelte Erste Republik und das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime. 1938 wurde er ins schwedische Exil gezwungen und kehrte erst spät nach Österreich zurück. „Sechs Österreich und ein Leben – so könnte es über Kreisky heißen“, schreibt Röhrlich in Anlehnung an eine Aussage des Europapolitikers Erhard Busek. Personen, welche ein Jahrhundert fast vollständig erlebt und mit ihrem politischen Wirken geprägt haben, faszinieren. Auch Kreisky dachte weit voraus, denn bereits im Jahr 1964 schrieb er sein Plädoyer für eine gesamteuropäische Integration, welche den gesamten Kontinent umfassen sollte. Bei seiner Nachbarschaftspolitik argumentierte er historisch-geographisch: Lage und Geschichte Österreichs verbinde das Land mit der EU. Erst nach schweren innenpolitischen Bemühungen und der notwendigen Unterstützung einer Massenzeitung trat Österreich 1995 der Europäischen Union bei. Das Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur österreichischen Vergangenheit ist und bleibt zwar so, dass sie sich ihr lieber gar nicht erst

stellen, die offiziöse Deutung leuchtet ihnen aber ohne weiteres ein: Austria Erit In Orbe Ultima – zu allerletzt wird es nur mehr Österreich geben. Es hat seinen Reiz, wieder einmal in europäischen Dimensionen zu denken. Kreiskys internationales Programm war identitätsstiftend für Österreich. Aber die eigene Unsterblichkeit ist wahrscheinlich das Einzige, woran ÖsterreicherInnen nicht zweifeln oder verzweifeln. Der Sonnenkanzler dürfte manchmal noch ein Auge auf „sein“ Österreich haben.

Alexander Lass studiert Zeitgeschichte in Wien.

Elisabeth Röhrlich: „*Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm*“
Zeitgeschichte im Kontext, Band 2, 1. Auflage. Vienna University Press bei V&R unipress 2009.
437 S., 57,90 €



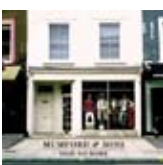
ZWEIMAL HINGEHÖRT



Dan Mangan | *Nice, Nice, Very Nice*

LUKAS: Irgendwann war das dann weg. Ich erinnere mich an die Zeit, als ich 16 war. Als mich ein *Bright Eyes* Album mit all seinen Emotionen halb umgebracht hat und die Schönheit von Sigur Rós kaum auszuhalten war. An die Nächte, in denen ich mich mit Kopfhörern bewaffnet im Bett gewunden habe. Und irgendwann, ja irgendwann war das dann weg. Die Musik war zwar immer noch gut, aber es hat mich einfach nicht mehr so fortgespült. Dan Mangan schafft genau das wieder. Und das sogar, ohne wie vorhin genannte Bands zu klingen.

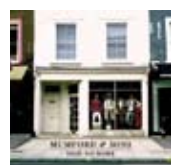
NIKI: Kanada beherbergt eine lange Tradition unvergleichlicher Songwriter wie Cohen und Rogers. Der junge Dan Mangan weigert sich allerdings hörbar, in die Liga dieser Troubadours eingeordnet zu werden, obwohl es ihm in seinem Erstlingswerk keineswegs an Potenzial fehlen würde. „Robots need love too“ heißt eine bis zur Hypnotisierung wiederholte Textzeile, die Mangans Spagat zwischen frischem Wind und traditionellem Hang zur Sentimentalität auf den Punkt bringt. Melodischer, bewährter Folk-Pop in lyrisch neuem Outfit. Nebenbei: Road Regrets ist wahrscheinlich der mitreißendste und berührendste Opener des Jahres.



Mumford & Sons | *Sigh No More*

LUKAS: So ein bissl irisch klingt das alles, obwohl hier einer Banjo spielt und die Herren aus London stammen. Erfrischend, nicht ganz ungewöhnlich, auch nicht ganz neu. Aber das Rad muss auch nicht immer wieder neu erfunden werden. Das Album liefert solide Handarbeit mit akustischen Instrumenten und nette Texte. Und vielleicht, vielleicht reicht das schon, um eine großartige Platte zu machen.

NIKI: *Mumford and Sons* klingt nicht nur vom Namen her wie ein kleiner ur-amerikanischer Familienbetrieb, der sich, wenn die Nacht lau ist und der Whiskey fließt, auf der Veranda zum gemeinsamen Geschichtenerzählen mit Banjo, Mandoline und Westerngitarre zusammenfindet. Die vier Herren sind allerdings weder miteinander verwandt, noch amerikanischer Abstammung. Britisch in Akzent und Kleidung kreieren die Ausnahmemusiker eine Platte, wie sie in Großbritannien Ihresgleichen sucht. Schade nur, dass die meisten Lieder ihres tobenden Album-Debüts bereits auf früheren EPs zu hören waren.



Lukas Eichberger studiert Ernährungswissenschaften in Wien.

Niki Hofmüller studiert Germanistik und Anglistik in Wien.



Foto: Novotny

„Wir lernen gerade Freiheit!“

Ein Auszug aus der Rede Armin Thurnhers im besetzten Audimax der Uni Wien.

Zuallererst gratuliere ich Ihnen zum politischen Erfolg Ihrer Proteste. Mit Erfolg meine ich selbstverständlich nicht die läppische Geste des [Ex-]Ministers Hahn, der plötzlich ein paar Dutzend Millionen Trinkgeld findet und einmal die Hälfte davon herausrückt, wenn er unter Druck gerät. Nein, mit Erfolg meine ich die Art, wie die Proteste zustande kamen, wie sie wachsen, wie Sie alle miteinander durchhalten, den Protest vorantragen und die Anliegen Ihres Protests artikulieren. Wenn ich Ihre Anliegen denn richtig verstehe, fordern Sie freien Universitäts-Zugang, mehr Geld für Bildung, Bildung statt Ausbildung und eine anders orientierte Bildungspolitik. Ich kann mich noch recht gut an eine etwas weiter zurückliegende Protestbewegung erinnern, die von 1968. Ich habe vor 41 Jahren im Herbst zum ersten Mal diesen Saal hier betreten, er sah noch ganz anders aus, und eine der ersten Veranstaltungen, die ich besuchte, war ein so genanntes Teach-In, also die Vorform einer Besetzung.

Unsere Proteste, die von 1968, entzündeten sich an gesellschaftlichen Verhältnissen, an international als unerträglich empfundenen Verhältnissen. An den USA und ihrem Vietnamkrieg, am Iran des Shah-Regimes zum Beispiel. Rückblickend muss man sagen, dass bei all dem, was daran berechtigt war, auch viel Verrücktes ins Spiel kam; man rechtfertigte nicht nur undemokratische Regimes, man sah bewundernd zu ihnen auf. Aus unserer libertären antiautoritären Bewegung entsprang unversehens der Maoismus und Stalinismus der K-Gruppen, ja auch der RAF-Terrorismus. Die Ikone Che Guevara, für manche Linke bis heute unantastbar, wurde nie so genau betrachtet, dass man das Blut an ihren Händen sah und den unerbittlichen Fanatismus in ihren Augen. Es waren nicht bloß die einfachen Kommilitonen, die solche Fehleinschätzungen trafen, es waren führende Intellektuelle dieser Zeit, die ihnen verfielen: Jean-Paul Sartre und Ernst Bloch zum Beispiel. Die Kritik an Israel, dem Zionismus, wie man sagte, die Sympathie mit den Palästinensern war für viele nur ein Vorwand, wenigstens in einem Punkt mit ihren Nazi-Vätern einig sein zu können: der Antizionismus war salonfähiger Antisemitismus.

Man kann also über die letzte große Protestbewegung nicht nur Gutes und Verklärendes sagen. Wenn man aber die Proteste von 1968 nicht verklären will, soll man sie doch nicht unterschätzen. Sie haben die Gesellschaft verändert, sie waren Ausdruck einer globalen Revolte gegen illiberale Lebensstile. Und sie haben den Universitäten zuerst unglaublich genützt, in der Folge wohl aber auch geschadet. Was genützt hat, war eine Belebung durch Selbstorganisation, ich war einer der Nutznießer, denn auf der Theaterwissenschaft,

wo ich studierte, haben wir in Selbstorganisation mit befreundeten Assistenten in kleinen Kreisen von zehn bis zwanzig Leuten intensiv gelesen, was uns wichtig schien. Das hat mich geprägt, davon zehre ich in gewissem Maß heute noch. Es war eine selbstorganisierte, völlig zweckfreie Lektüre der Ästhetik von Hegel oder des *Mann ohne Eigenschaft* von Musil zum Beispiel, die mit Ausbildung nichts, mit Bildung aber alles zu tun hatte.

Der akademische Raum ist eben ein gesellschaftlicher Freiraum, daran erinnern uns Ihre Proteste, er ist nicht nur ein Raum zur Aufzucht geeigneten Fachpersonals, er ist auch ein Raum, wo sich eine Gesellschaft selber befragt, zur Debatte stellt, wo sie sich in mehrfacher Weise bildet, indem die besten Köpfe und die brisantesten Einsichten aufeinanderprallen und aneinander wachsen und so aus dem Denken vergangener das Denken neuer Generationen entstehen kann. Die universitäre Öffentlichkeit ist eine zutiefst demokratische Institution, unerlässlicher Teil der demokratischen Öffentlichkeit, die ja nicht nur aus medialer und politischer Öffentlichkeit besteht. Die Universität hat ihren wichtigen Teil zur Selbstvergewisserung der Gesellschaft zu leisten. Deshalb ihre Freiheit. Man darf nicht vergessen, dass die politische Freiheit im antiken Athen damit begann, dass es möglich wurde, andere nicht mit Gewalt, sondern mit dem Wort zu überzeugen. Dass es theoretisch jedem, heute selbstverständlich auch jeder, möglich ist, durch Rede, durch bloßes Wort etwas durchzusetzen. Dieses Moment der Universität darf nicht verloren gehen. Die Universität ist nicht nur zur Produktion von Fachleuten da, sie ist zur Produktion freier Bürgerinnen und Bürger da!

Meine Damen und Herren, als ich gestern im Fernsehen den kleinen Showkampf mit dem frischrasierten Minister (Johannes Hahn, Anm.) sah, dachte ich, er hat sich rasiert und er wurde rasiert. Noch etwas außer der Schweigsamkeit des Ministers fiel bei dieser Diskussion auf: Der Vertreter der Unibürokratie ereiferte sich darüber, dass 1000 Menschen Architektur studieren wollen. Statt sich darüber zu beschweren, dass ihm die Mittel fehlen, diese 1000 adäquaten Möglichkeiten zu bieten, forderte er implizit, man müsse diese 1000 von der Uni fernhalten. Ich stelle mir schon länger die Frage, warum sich universitäre Proteste stets gegen die Politik, aber kaum gegen die Universitätsverwaltung selbst richten? Ich denke, Sie sollten die Uni selbst nicht aus der Pflicht lassen. Ebenso wie ich meine, dass man die Bildungsfrage nicht isoliert anhand der Universitäten abhandeln kann, sondern auch die höheren Schulen mit einschließen muss. Dort beginnt die Selektion, und sie beginnt viel zu früh. Dort wird jener freie Zugang zur Bildung für viele verhindert, jener freie Zugang, der Ihnen mit Recht so wichtig ist.

Gestern habe ich eine Zeit lang den Livestream verfolgt und hörte einen deutschen Kollegen den schönen Satz sagen: „Ihr lernt gerade Freiheit!“ Noch besser hätte mir gefallen, hätte er gesagt: Wir lernen gerade Freiheit! Aber egal, er hat's erfasst – das ist nach wie vor das höchste Ziel der Universität, was immer Ihnen betriebswirtschafts- oder effizienzorientierte Ideologen sagen mögen: Sie sind hier, um Freiheit zu lernen, Freiheit des Denkens und Freiheit des Handelns – nicht nur des Handels! – damit Sie als freie Menschen, als freie Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen und dies auch allen anderen ermöglichen. Das, meine Damen und Herren, ist meine vielleicht bizarre und möglicherweise altmodische Idee von Bildung. Sie steht gegen das neoliberale Paradigma, das ja nicht von Gott gewollt ist. Sie beharrt darauf, dass auch Ineffizienz und Romantizismus zur Bildung gehören können, die nutzlosesten Dinge oft nützlich sind und Neues auf nicht vorhersehbare Weise fruchtbar wird. Wer hätte schon daran gedacht, dass die antiautoritäre Bewegung und die Idee von Kollektiven die Arbeitswelt von Grund auf revolutionieren und sich am Ende als effektiver erweisen als tayloristische Hierarchien?

Ich verstehe das österreichische Kleinkrämerium nicht. Ich habe nie verstanden, warum einer der reichsten Staaten der Welt, machtlos und bedeutungslos wie er ist, nichts aus seiner neutralen Rolle machen will: als sicherer Hafen für die Verfolgten dieser Erde. Oder eben auch als Insel der Bildung, die man gern erreicht und wo alle willkommen sind, die hier studieren und lehren wollen, weil sie unser Land bereichern. Ich habe keine Lust, mich mit dem Schlaucherstaat abzufinden, der wir nun einmal sind. Ich will Ihre Motive nicht überinterpretieren, aber ich begreife Ihren Protest auch als Protest gegen diesen Kleinmut, gegen diesen Willen zum umfassenden Kleinformat.

In der 68er Bewegung gab es den Slogan „Die Fantasie an die Front“ – fälschlich kolportiert als „Die Fantasie an die Macht“. Die Fantasie an der Macht verdorrt. Nein, die Fantasie muss an die Front der Auseinandersetzung. Sie muss sich so etwas wie ein „Bildungsparadies Österreich“ vorstellen können, sie muss jene aschgrauen Amtsträger wegfantasieren, die dagegen bloß die Phrase von der Kulturnation daherstammeln. Die absolute Ideenlosigkeit der politischen Klasse, die ärgerliche und kleinliche Abschottungsmentalität, die von den meisten Medien befördert wird, diese Selbstprovinzialisierung eines Landes haben wir nicht verdient. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie hier etwas dagegen unternehmen. Auch in diesem Sinn ist Ihr Protest selbst ein Bildungsprojekt. ◀

Armin Thurnher ist Chefredakteur der Wochenzeitung Falter.

GROSSBRITANNIEN: MOTIVATION FÜR DIE ZUKUNFT

Mit etwas Verspätung ist der neue Rahmenplan „Higher Ambitions“ für die britischen Hochschulen in den kommenden 10 bis 15 Jahren erschienen. Neben marktorientierten Bildungsinhalten und erfolgsgebundener Mittelvergabe stehen vor allem die Schaffung neuer Teilzeitkurse, die weitere Öffnung der Hochschulen und transparentere Qualitätsstandards im Mittelpunkt des Papiers. „Sehr wenige englische Hochschulen werden in der Lage sein, Exzellenz im gesamten Umfang ihrer Aktivitäten zu erzielen“, heißt es in dem Dokument.

Und weiter: Eine Reduzierung auf die „produktiven“ Bereiche wird zu „schmerzvollen und in manchen Regionen zu umstrittenen Entscheidungen führen“. Als Teil der Gesellschaft müssten die Hochschulen den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Gesellschaft folgen. Daher soll die Rolle von Privatpersonen und Unternehmen in Hochschulleitungen und Beiräten gestärkt und ihnen mehr Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung von Studiengängen eingeräumt werden.

DEUTSCHLAND: TRÜGERISCHER KONSENS ÜBER STUDENTENPROTESTE

Seit der vergangenen Woche werden in Deutschland über 50 Hochschulen von Studenten besetzt und bestreikt. Über 85.000 Demonstranten in ganz Deutschland machten sich am 17.11. Luft gegen Studiengebühren, schlechte Lernbedingungen, zu wenig Mitsprachrechte, Verschulung und Leistungshatz.

Während die Rektorate unterschiedlich reagieren, rufen die großen akademischen Gremien zu Dialogbereitschaft auf und räumen, wie der Präsident des Wissenschaftsrats Peter Strohschneider „handwerkliche Fehler“ bei der Umsetzung der neuen Strukturen ein.

Ob der neue Charakter der Proteste, die keine linke Minderheitenmeinung, sondern das Verzweifeln leistungsorientierter Studentenkreise über ein überladenes und überreguliertes Studium ausdrücken, wird aus den Worten des Präsidenten der Kultusministerkonferenz Henry Tesch nicht deutlich: Er lobte wacker die aktuelle deutsche Bildungspolitik und sieht vor allem die „Hochschulen in der Pflicht“.

Die Protestwelle in Deutschland breitet sich immer weiter aus. Neben zahlreichen Unis, nehmen nun auch Schulen an den Streiks teil.



Foto: www.bildungsstreik.net



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement

Mehr Infos unter:
www.mensen.at



MITTEN IM LEBEN

BULGARIEN: VIEL VERSPRECHENDER NEUER BILDUNGSMINISTER

Der vergangene Woche als neuer bulgarischer Bildungsminister vereidigte Sergej Ignatow weckt neue Hoffnung für das im internationalen Wissenschaftsvergleich weit abgeschlagene Land.

In seiner Amtsantrittsrede kritisierte Ignatow die patriarchalische Abhängigkeit der jüngeren Generationen im bulgarischen Hochschul- und Forschungsbereich und die „eingefrorene Umwelt“, die dieses Hindernis stetig regeneriert. Vor allem die wegen Korruption ins Gerede gekommene Bulgarische Wissenschaftsakademie sei überinstitutionalisiertes hierarchisches Gebilde, das eine „künstliche Nomenklatur“ konserviere.

Der polyglotte, in St. Petersburg und Oxford ausgebildete Ägyptologe Ignatow ersetzt die zur Bürgermeisterin von Sofia gewählte Jordanka Fandakowa und will hoch hinaus: Unter seinen Vorhaben fürs nächste Jahr sind Reformen der schulischen und universitären Bildung und des staatlichen Forschungsbereichs nur einige.

DÄNEMARK: ELITENZIRKULATION IN DER MEDIZINERAUSBILDUNG

Obwohl die skandinavischen Länder für ihre sozial gerechte Hochschulpolitik als vorbildlich gelten, gibt es auch hier elitäre Selektivität. Das Institut für Volksgesundheit der Universität Kopenhagen hat in einer Untersuchung der Studienjahre 1992 und 2006 ermittelt, dass 47% der Medizinstudenten aus Akademikerfamilien stammen, sechs von zehn sogar aus ausgesprochen wohlhabenden Verhältnissen – Tendenz weiter steigend. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Einsteiger aus ärmeren Schichten halbiert. Bei 17% der Studenten ist ein Elternteil Mediziner, bei 34% zumindest ein Verwandter.

Dieser akademische Inzest hat bereits negative Wirkungen: So fehlt dem Ärztenachwuchs oft die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse und medizinische Diagnosen allgemeinverständlich zu kommunizieren. Ein weiterer Nachteil ist die regionale Konzentration der Fachärzte in Kopenhagen und den großen Städten, nahe von einkommensträchtiger Urbanität.



Ein Buch,
ein Vortrag,
ein Theaterstück, ...

Geld für deine Ideen

Es gibt so viele Ideen für Projekte,
nur zu oft scheitert es am Geld.
Die ÖH kann dir bei der Finanzierung
deines Projektes helfen:

<http://oeh.ac.at/sopro>